

Bericht zur Situationsanalyse für die Partnerschaften für Demokratie in Sachsen-Anhalt

In Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie der Gemeinde Calbe (Saale), Barby und Bördeland, des Salzlandkreises für die Sozialräume Bernburg (Saale) und Staßfurt, der Stadt Aschersleben, der Stadt Schönebeck, des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, des Landkreises Börde, der Stadt Dessau-Roßlau, der Stadt Bitterfeld-Wolfen, des Landkreises Wittenberg sowie der Stadt Köthen (Anhalt)

Autor:innen: Paula Stolle & Rahim Hajji

10. März 2026

Eine Studie des Instituts für demokratische Kultur

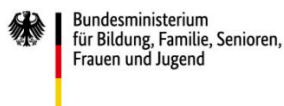
Eine Studie des Instituts für demokratische Kultur (IdK) an der Hochschule Magdeburg-Stendal in Zusammenarbeit mit den Partnerschaften für Demokratie in Sachsen-Anhalt.



Die Situationsanalyse erfolgte in Zusammenarbeit mit der Partnerschaft für Demokratie der Gemeinde Calbe (Saale), Barby und Börde, des Salzlandkreises für die Sozialräume Bernburg (Saale) und Staßfurt, der Stadt Aschersleben, der Stadt Schönebeck, des Landkreises Anhalt-Bitterfeld, des Landkreises Börde, der Stadt Dessau-Roßlau, der Stadt Bitterfeld-Wolfen, des Landkreises Wittenberg sowie der Stadt Köthen (Anhalt).



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Hinweis: Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das IdK die Verantwortung.

Erschienen im März 2026

Zusammenfassung

Die Situationsanalyse wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerschaften für Demokratie (PfD) in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Sie dient dazu, die Ist-Situation demokratischer Kultur, regionale Problemlagen und Kontexte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) fundiert darzustellen. Grundlage ist das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, dessen Ziel der Schutz und die Förderung demokratischer Werte, Vielfalt und Extremismusprävention ist. Die Analyse bildet die Basis für ein zukünftiges Handlungskonzept der PfD und soll strategische, lokale Schwerpunkte identifizieren.

Methodisch verbindet die vorliegende Situationsanalyse eine quantitative Sekundärdatenanalyse mit einer qualitativen Workshopreihe. Auf Basis von Datensätzen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der Statistik zu politisch motivierter Kriminalität (PMK) und regionalstatistischen Informationen aus der INKAR-Datenbank werden die vier Raumordnungsregionen Sachsen-Anhalts sowie die Landkreise und kreisfreien Städte ausgewertet. So entsteht ein empirisch belastbares Bild demographischer, sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen sowie der politischen Einstellungsmuster in der Region. Ergänzt wird dies durch partizipative Workshops mit lokalen Akteur:innen aus der PfD, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Bildung, Jugendhilfe, Politik und den Sicherheitsbehörden. In diesen partizipativen Formaten wurden auf Grundlage der zuvor präsentierten Daten kommunale Problemlagen identifiziert, priorisiert und vertieft analysiert.

Die Sekundärdatenanalyse zeigt insgesamt eine von deutlichen räumlichen Unterschieden geprägte Lage. Anhand von Indikatoren zur Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftlichen Situation, Infrastruktur, migrationsbezogenen Themen und PMK wird sichtbar, dass die PfD-Regionen in Sachsen-Anhalt in besonderer Weise mit den Herausforderungen des demographischen Wandels, sozialer Ungleichheit und politischer Polarisierung konfrontiert sind. In vielen Landkreisen verweisen erhöhte Kennziffern von PMK sowie bspw. mangelndes Vertrauen in staatliche Institution auf eine besonders angespannte demokratiepolitische Situation. Diese strukturellen Rahmenbedingungen bilden den Hintergrund, vor dem sich demokratiefeindliche Einstellungen, GMF und entsprechende Vorfälle entfalten.

In der vergleichenden Analyse der Workshopdaten werden mehrere übergreifende Problemfelder sichtbar. Die Situation des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bildet hier ein zentrales Handlungsfeld: Rechtsextreme Strukturen sind in vielen Regionen präsent, betreiben Rekrutierung, insbesondere unter Jugendlichen, prägen öffentliche Räume durch Propaganda und sind an Angriffen auf prodemokratische Treffpunkte und Akteur:innen beteiligt. In Teilen der Bevölkerung werden entsprechende Einstellungen zunehmend normalisiert und

bagatellisiert. Des Weiteren erschweren vielfältige Herausforderungen demokratischen Handelns und der Zivilgesellschaft die Arbeit vor Ort. Demokratie- und vielfaltsfördernde Veranstaltungen werden zum Teil gestört, Mandatsträger:innen und Vereine geraten vereinzelt bzw. in Teilen unter Druck, die Legitimität von PfD-Strukturen und staatlichen Institutionen wird in einigen Regionen in Frage gestellt und prodemokratische Akteur:innen ziehen sich aus Angst vor Anfeindungen teilweise zurück. Darüber hinaus prägt eine zunehmend nach rechts verschobene Diskussionskultur den Alltag. Ein rauer Umgangston, entgrenzte Sprache und fehlende dialogische Auseinandersetzung verstärken Polarisierungen. Auf digitalen Plattformen breiten sich Hassrede, Falschinformationen und Verschwörungserzählungen aus; häufig ohne sichtbare Konsequenzen für die Verursachenden. Lokale Medien tragen in einzelnen Regionen durch unzureichende Einordnung oder die Reproduktion diskriminierender Begriffe zur Verfestigung problematischer Diskurse bei. Ebenfalls zeigt sich eine zunehmend belastende Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen. Insbesondere Personen mit Migrationsgeschichte sind konfrontiert mit Alltagsdiskriminierungen, institutionellen Hürden und unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten; queere Menschen erleben verbale und körperliche Angriffe, unter anderem im Kontext von Veranstaltungen wie dem CSD, und sind überproportional von Hass und Einschüchterung betroffen. Außerdem treten unterschiedliche Formen von Antisemitismus oft in Verknüpfung mit verschwörungsideologischen Narrativen auf.

Insgesamt macht die Ist-Analyse deutlich, dass die PfD in Sachsen-Anhalt mit einer Vielzahl demokratiefeindlicher, vielfaltsablehnender und extremistischer Problemlagen konfrontiert sind, die sich über unterschiedliche Ebenen, von strukturellen Rahmenbedingungen bis hin zum alltäglichen Miteinander, erstrecken. Viele dieser Problemlagen überschreiten kommunale Grenzen und weisen regionale, landesweite oder bundesweite Bezüge auf, etwa im Hinblick auf rechtsextreme Netzwerke, verschwörungsideologische Milieus oder Diskursverschiebungen. Zugleich zeigt sich, dass lokale Besonderheiten wie historisch gewachsene Erfahrungen von Abwertung und „Abgehängtsein“ sowie defizitäre Beteiligungsstrukturen vor Ort diese Entwicklungen verstärken können. Daraus lässt sich schließen, dass es langfristige Strategien zur Stärkung demokratischer Kultur, eine konsequente Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Hate Speech und Verschwörungsideologien sowie eine gut finanzierte, professionell arbeitende und vernetzte Zivilgesellschaft braucht, um demokratische Resilienz zu sichern.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	7
Tabellenverzeichnis.....	7
1 Einleitung	8
2 Rahmenmodell zur Sekundärdatenanalyse	11
3 Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse	16
3.1 Beschreibende Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse	17
3.2 Verdichtete und zusammenhängende Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse	21
3.3 Ergebnisse zur politisch motivierten Kriminalität.....	27
3.4 Schlussfolgerungen aus der Sekundärdatenanalyse.....	31
4 Workshop „Situationsanalyse – Problemlagen erkennen, verstehen und priorisieren“ ...	32
4.1 Workshopteilnehmer:innen.....	32
4.2 Ablauf und Inhalte der Workshops	33
4.3 Vergleichende Analyse	34
4.3.1 Situation des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus.....	34
4.3.2 Herausforderungen demokratischen Handelns und der Zivilgesellschaft.....	36
4.3.3 Hass im Netz und Erosion der Diskurskultur	37
4.3.4 Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen	38
4.3.5 Antisemitismus und Verschwörungsideologien.....	40
5 Grenzen der vorliegenden Untersuchung	41
6 Schlussfolgerungen der Analyse	43
6.1 Handlungsempfehlungen auf Bundesebene.....	43
6.2 Handlungsempfehlungen auf Landesebene	44
6.3 Handlungsempfehlungen an Parteien	44
6.4 Handlungsempfehlungen auf kommunaler Ebene.....	45
6.5 Handlungsempfehlungen auf Ebene der Pfd	46

Literaturverzeichnis	48
----------------------------	----

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Vorgehensweise	12
Abbildung 2 Rahmenmodell für die Raumanalyse	14
Abbildung 3 Raumordnungsregionen in Deutschland (Quelle: BBSR Bonn 2023)	16
Abbildung 4 Raumordnungsregionen in Sachsen-Anhalt.....	16
Abbildung 5 Deskriptive Beschreibung der RORen in Sachsen-Anhalt.....	18
Abbildung 6 Clusterverfahren zur Verdichtung der Raummerkmale.....	22
Abbildung 7 Korrelationsanalyse der Raumdimensionen.....	23
Abbildung 8 Punktdiagramm zwischen der Dimension der Vulnerabilität und der Dimension der Ressourcen	24
Abbildung 9 Punktdiagramm zwischen der Dimension der Vulnerabilität und der Dimension der Demokratie.....	25
Abbildung 10 Clusteranalyse zur Gruppierung der RORen.....	26
Abbildung 11 Punktediagramm zwischen rechts motivierter politischer Kriminalität und Beschäftigtenquote.....	30

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Politisch motivierte Kriminalität auf Kreisebene in Sachsen-Anhalt (absolut).....	27
Tabelle 2 Politisch motivierte Kriminalität auf Kreisebene in Sachsen-Anhalt (pro 100.000 Einw.)	28
Tabelle 3 Deliktfelder der politisch motivierten Kriminalität (pro 100.000 Einw.).....	29

1 Einleitung

Im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie (PfD) erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise Unterstützung bei der Erarbeitung und Umsetzung von Handlungskonzepten (Helmert et al. 2025; Treidl et al. 2023). Diese orientieren sich an den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und zielen darauf ab, Demokratie und Vielfalt zu fördern und Extremismus entgegenzuwirken. Eine wichtige Aufgabe der PfD ist die Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse (S&R-Analyse). Sie bildet die Grundlage für das Wirken der PfD, wobei sowohl aktuelle kommunale Problemlagen als auch vorhandene Kompetenzen der Region berücksichtigt werden. Ziel der S&R-Analyse ist es, bestehende Herausforderungen zu erfassen und daraus Handlungsperspektiven für die Förderung demokratischer Kultur, die Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und die Vorbeugung von Extremismus abzuleiten. Auf dieser Basis soll ein kommunales, bedarfsorientiertes Handlungskonzept mit strategischen Zielen entwickelt werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J.).

Gemäß den Ausführungsbestimmungen des Bundesprogramms ist die S&R-Analyse an wissenschaftlichen Standards auszurichten. Die Darstellung der Ausgangslage und lokalen Problemlagen muss empirisch valide und kritisch überprüfbar sein. Als Datengrundlage dienen statistische Erhebungen und wissenschaftliche Studien.

Das Institut für demokratische Kultur (IdK) der Hochschule Magdeburg-Stendal führte in Zusammenarbeit mit der PfD Gemeinde Calbe (Saale), Barby und Börde, PfD Salzlandkreis für die Sozialräume Bernburg (Saale) und Staßfurt, PfD Stadt Aschersleben, PfD Stadt Schönebeck, PfD Landkreis Anhalt-Bitterfeld, PfD Landkreis Börde, PfD Stadt Dessau-Roßlau, PfD Stadt Bitterfeld-Wolfen, PfD Landkreis Wittenberg sowie der PfD Stadt Köthen (Anhalt) eine Situationsanalyse (S-Analyse) durch. Eine Ressourcenanalyse (R-Analyse) wird in diesem Rahmen nicht erarbeitet. Der Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung liegt somit auf der Darstellung der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen.

Wie steht es also um die Demokratie in den verschiedenen Regionen von Sachsen-Anhalt? Um dieser Frage nachzugehen, ergeben sich für die vorliegende S-Analyse daher folgende Fragestellungen, die hier aus den Ausführungsbestimmungen des BMBFSFJ zitiert werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J.):

1. Welche Faktoren prägen maßgeblich den Raumkontext (z.B. Einwohner:innenzahl, demographische Entwicklung, wirtschaftliche Situation, politische Einstellungsmuster, Wahlverhalten, politisch motivierte Kriminalität)?

2. Welche Problemlagen, die in einem Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stehen (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen), existieren vor Ort (in der Kommune bzw. Gemeinde bzw. Region)?
 - a. Gibt bzw. gab es konkrete demokratiefeindliche, vielfaltsablehnende und/oder (rechts-)extremistische Vorfälle bzw. Angriffe?
 - b. Inwiefern manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien vor Ort? Welche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten vor Ort auf?
 - c. Gibt/gab es im Rahmen der vergangenen drei Jahre gezielte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Amtsträger:innen und/oder andere Akteur:innen?
 - d. In welchen Sozialräumen (z.B. Stadtteilen, ländlichen Regionen, örtlichen Hotspots) sind die Probleme zu verorten?
 - e. Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität?
3. Welche Ursachen lassen sich für diese Probleme identifizieren? Welche Kontext- und Rahmenbedingungen ermöglichen bzw. begünstigen die identifizierten Probleme (Einflussfaktoren auf Gelegenheitsstrukturen)? Welche mittelfristigen Entwicklungsszenarien sind wahrscheinlich und sollten vorsorglich und vorausschauend in den Blick genommen werden?
4. Inwiefern erschweren spezifische Akteur:innen oder Netzwerke eine konstruktive Bearbeitung der identifizierten Problemlagen? Welche Akteur:innen tragen zu den identifizierten Problemen bei?

Zur Beantwortung der ersten Fragestellung werden basierend auf einer Sekundärdatenanalyse statistische Analyseverfahren verwendet. Die quantitative Datenanalyse erfolgt anhand verschiedener Datenquellen, wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), der Statistik zu politisch motivierter Kriminalität (PMK), den regionalstatistischen Informationen aus der IN-KAR-Datenbank und der Statistik der Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Die Untersuchungen beziehen sich auf die vier vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für Analysezwecke eingeführten Raumordnungsregionen (ROR) in Sachsen-Anhalt. Die Auswertung der PMK erfolgt auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen-Anhalt. Diese Daten bilden die Grundlage für eine empirisch belastbare Darstellung der Bedingungen in der Region.

Die S-Analyse wird mit einem Workshop komplettiert, der mit lokalen Akteur:innen aus der Pfd, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Bildung, Jugendhilfe, Politik, Sicherheitsbehörden usw. durchgeführt wird, um die zweite, dritte und vierte Fragestellung der oben genannten Ausführungsbestimmungen zu beantworten. Dieser partizipative Ansatz verfolgt das Ziel, die quantitative Analyse zu ergänzen und die kommunalen Problemlagen vertiefend zu bearbeiten. Die Verbindung von quantitativer Datenanalyse und qualitativen Workshopergebnissen ermöglicht

eine umfassende Betrachtung der Situation und trägt dazu bei, sowohl statistische Aussagen als auch subjektive Wahrnehmungen und Handlungsbedarfe in den Blick zu nehmen.

Nach dieser Einleitung wird zunächst ein Einblick in die wissenschaftlichen Grundlagen der Sekundärdatenanalyse für die S-Analyse gegeben. Dabei erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Raums und der demokratischen Kultur sowie eine Begründung der verwendeten Indikatoren. Anschließend werden die Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse dargestellt. Dabei werden die wesentlichen räumlichen Bedingungen der Region beleuchtet, darunter die demographischen, ökonomischen, bildungsbezogenen, sozialen, infrastrukturellen, migrationsbezogenen und politischen Kontextbedingungen, um die demokratische Kultur in den RORen zu rekonstruieren. Im vierten Kapitel werden die Ergebnisse des Workshops vorgestellt. Im Anschluss werden die Grenzen der vorliegenden Untersuchung diskutiert. Das abschließende Kapitel fasst die Schlussfolgerungen der Analyse zusammen.

2 Rahmenmodell zur Sekundärdatenanalyse

Ausgangspunkt der Sekundärdatenanalyse ist die Frage, „welche Faktoren maßgeblich den Raumkontext prägen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o.J.). Die Frage wirft auf, wie der Raum beschrieben werden kann und welche demokratiefeindlichen Herausforderungen sich daraus ergeben.

Zur Beantwortung der Frage gehen wir unter Berücksichtigung raumsoziologischer Perspektiven davon aus, dass unter einem Raum eine geographisch bestimmbare Gebietseinheit zu verstehen ist, indem Menschen in Wechselwirkung mit dem Raum und miteinander soziale Beziehungen, Werte, Normen und Güter (re-)produzieren (Frey 2025).

Zur Beschreibung des Raums knüpfen wir an Bourdieus Verständnis vom sozialen Raum an, der annahm, dass Akteur:innen in einem sozialen Raum sich mit Hilfe von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital relational positionieren und damit soziale Ungleichheit schaffen und reproduzieren (Bourdieu 2012). In Erweiterung an dieses soziale Raumverständnis glauben wir, dass auch Räume, verstanden als Gebietseinheiten, miteinander in Wechselbeziehung stehen, über unterschiedliche Eigenschaften, Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen verfügen und indem soziale Prozesse ihren Niederschlag finden. Statt Personen mit ihren unterschiedlichen Kapitalien zu betrachten, wollen wir in dieser Untersuchung Räume und damit Gebiete in einem sozialen Raum im Sinne Bourdieus relational beschreibbar machen. Relational beschreibbar bedeutet, dass die Positionierung der Räume (gemeint sind die Gebiete) in einem sozialen Raum anhand von Raumdimensionen beschrieben werden kann. Die Gebiete können dabei in Verhältnis zueinander betrachtet werden.

Die induktive quantitative Sozialraumanalyse bietet die Möglichkeit anhand statistischer Verfahren Gebietseinheiten mit Hilfe von Indikatoren relational beschreibbar zu machen (Wunderlich 2020). Dafür nutzen wir bestehende amtliche Statistiken und sozialwissenschaftliche Studien und unterziehen diese einer statistischen Analyse. Wir berücksichtigen in der Sekundärdatenanalyse folgende Indikatoren:

- demografische Indikatoren (Alter, Siedlungsdichte),
- ökonomische, bildungsbezogene und soziale Indikatoren (Bruttoverdienst, beschäftigte Akademiker:innen am Wohnort, Sorgenempfinden),
- infrastrukturelle Indikatoren (Nahversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, verfügbare Krankenhausbetten, Angebotsstruktur, Erreichbarkeit von Jugendeinrichtungen),
- migrationsbezogene Indikatoren (Wahrnehmung geflüchteter Personen, Ausländer:innenanteil) und

- politikrelevante Indikatoren (Wahlbeteiligung, Glauben an Verschwörungserzählungen, Vertrauen in staatliche Institutionen, politisch motivierte Kriminalität).

Die ausgewählten Indikatoren ermöglichen es, demografische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Bedingungen vor Ort zu beschreiben, da diese zugänglich und über ausreichend Streuung verfügen, um die Gebietseinheiten typisierend statistisch zu beschreiben (Wunderlich 2020). Dieses Vorgehen erlaubt es, Prozesse, Ressourcen und Möglichkeiten von verschiedenen Gebietseinheiten sichtbar zu machen (Frey 2025).

In Anknüpfung an Bourdieus relationales Verständnis vom sozialen Raum nutzen wir deskriptive als auch entdeckende statistische Verfahren, um latente, strukturierende Raumdimensionen zu identifizieren, die geeignet sind, die Gebietseinheiten zu beschreiben. Folglich verbindet unsere Sekundäranalyse ein relationales, prozessuales Raumverständnis mit einer induktiven quantitativ-explorativen Vorgehensweise: Über theoriegeleitete Indikatorauswahl nach Relevanz, Verfügbarkeit und Streuung werden in unserer Untersuchung latente Raumdimensionen identifiziert, um soziale Prozesse in ihrer räumlichen Verknüpfung sichtbar zu machen.

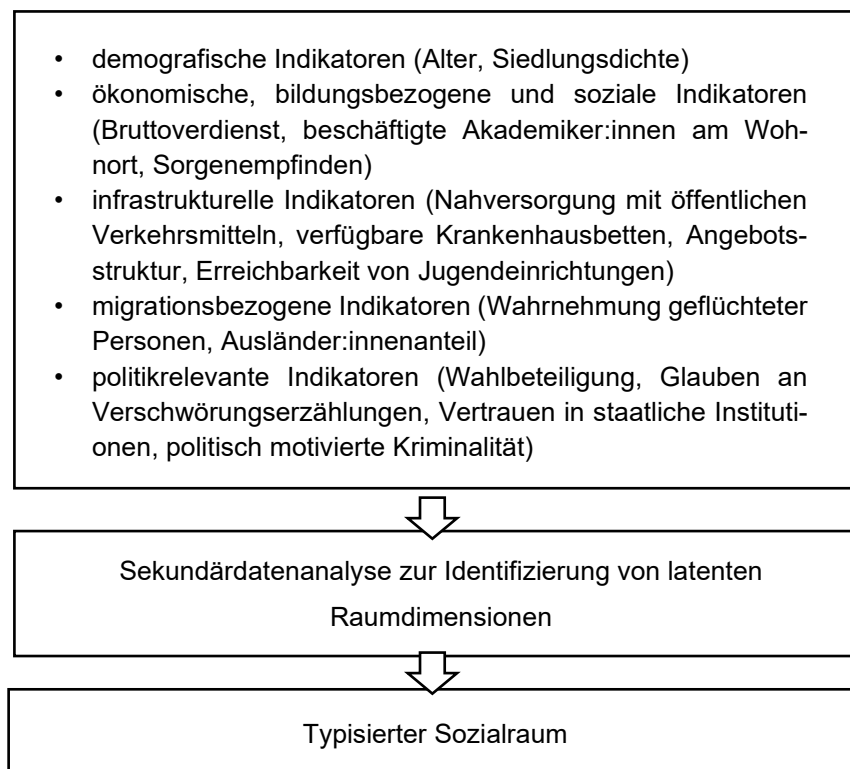


Abbildung 1 Vorgehensweise

Zu den sozialen Prozessen, die im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen, gehört die demokratische Kultur einer Gebietseinheit. Sie bildet einen zentralen Prozess, dessen Beschreibung und Erklärung im Rahmen der Situationsanalyse von besonderer Bedeutung ist.

Als systematische Orientierung für die Situationsanalyse wurde ein Rahmenmodell entworfen, welches demografische, ökonomische, bildungsbezogene, soziale, infrastrukturelle, migrationsbezogene sowie politikrelevante Indikatoren und deren Wechselwirkungen zueinander berücksichtigt, um die demokratische Kultur in einer Gebietseinheit zu rekonstruieren.

Der Begriff „demokratische Kultur“ bezeichnet einen Komplex von Werten, Einstellungen und Praktiken, die für das Funktionieren und die Stabilität demokratischer Gesellschaften als grundlegend angesehen werden (Barrett 2020). Demokratische Kultur ist insbesondere gekennzeichnet durch die Anerkennung demokratischer Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit, Partizipation, Pluralismus und die Achtung von Menschenrechten. Demokratische Kultur verweist auf die gelebte Praxis und die alltägliche Verankerung dieser Werte in den Überzeugungen, Handlungen und Interaktionen der Bürger:innen sowie in den Institutionen und Prozessen politischer Entscheidungsfindung (Barrett 2020)

Zentrale Merkmale demokratischer Kultur umfassen eine Vielzahl verschiedener Aspekte. Dazu gehören u.a. die Anerkennung demokratischer Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Gewaltfreiheit und Menschenrechte sowie die entsprechende Partizipationsbereitschaft und Mitgestaltungswille im Sinne aktiver politischer Bürger:innenschaft (Barrett 2020). Dies umfasst Wahlelemente, Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen, Diskussionsfähigkeit und Anspruch auf Mitwirkung. Des Weiteren bedarf es einer Akzeptanz institutioneller Verfahren, Regeln und Mehrheitsprinzipien sowie Minderheitenschutz und Kompromissbereitschaft. Damit einhergehend benötigt es zivile Konfliktfähigkeit, u.a. Argumentationskompetenz, Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich von Interessen und Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen sowie Pluralismus und Anerkennung von Diversität, d.h. wertschätzender Umgang mit unterschiedlichen Sichtweisen, Religionen, Lebensstilen und kulturellen Hintergründen.

Demokratien werden nicht allein durch ihre Institutionen getragen, sondern sind auf eine politische Kultur angewiesen, die auf ein Mindestmaß an Zustimmung zur Demokratie und auf verinnerlichte demokratische Orientierungen in der Bevölkerung basiert (Jónsson und Garces Rodriguez 2021). Diese Annahme geht davon aus, dass ein Mindestmaß an demokratischer Kultur Voraussetzung für Demokratien ist. Fehlt diese Grundlage, gerät die Legitimität und Verbindlichkeit demokratischer Verfahren ins Wanken, wodurch die Funktionsfähigkeit der Institutionen selbst gefährdet wird. Darüber hinaus führt ein Mangel an pluralistischen und egalitären Werten zu Exklusion und Diskriminierung. Vorurteile, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder rechtsextreme Einstellungen können gesellschaftlich an Einfluss gewinnen. Damit einher geht eine wachsende Bereitschaft, autoritäre Tendenzen zu akzeptieren, Minderheiten abzuwerten und radikale politische Positionen zu unterstützen.

Parallel dazu nimmt die Demokratieverdrossenheit zu, was sich in einem Rückgang politischer Partizipation sowie in einer erhöhten Anfälligkeit für populistische und antidemokratische Bewegungen äußert.



Abbildung 2 Rahmenmodell für die Raumanalyse

Für die Analyse des Raumkontextes gehen wir von der Annahme aus, dass demografische, ökonomische, bildungsbezogene, soziale, infrastrukturelle, migrationsbezogene sowie politikrelevante Indikatoren relevante Raummerkmale sind, um demokratische Kultur in den Gebieten zu beschreiben. Dies begründen wir wie folgt:

Demographische Indikatoren wie Alter und Siedlungsdichte beeinflussen unseres Erachtens die demokratische Kultur. Ein durchschnittlich älterer Raum kann bspw. durch eine sinkende Offenheit gegenüber gesellschaftlichem Wandel und (neuen) Partizipationsformen eine demokratische Kultur in einer Gebietseinheit schwächen (Huang 2023; Krause et al. 2025). Dicht besiedelte Räume wiederum können demokratische Kultur fördern, indem mehr Begegnungsmöglichkeiten und Aushandlungsprozesse entstehen (Spiegel 2024).

Ökonomische, bildungsbezogene und soziale Indikatoren prägen wesentlich die demokratische Kultur, da sie Teilhabechancen und politische Orientierungen beeinflussen (Spiegel 2024). Ein höherer Bruttoverdienst kann demokratische Einstellungen stärken, weil ökonomische Sicherheit die Bereitschaft zur politischen Beteiligung und das Vertrauen in demokratische Institutionen fördert. Ebenso wirkt ein hoher Anteil an Beschäftigten mit akademischem Hintergrund am Wohnort tendenziell positiv. Denn Bildung steht in Zusammenhang mit der Fähigkeit zur Perspektivübernahme, der (politischen) Beteiligung an demokratischen Prozessen und fördert damit demokratische Werte und deren Weitergabe in alltäglichen Kontexten.

Demgegenüber kann ein stark ausgeprägtes Sorgenempfinden die demokratische Kultur schwächen, indem es Misstrauen in Institutionen verstärkt und die Anfälligkeit für populistische oder autoritäre Deutungsangebote erhöht.

Infrastrukturelle Indikatoren geben Auskunft, in welchem Maß Menschen gesellschaftlich teilhaben können und demokratische Erfahrungen machen. Eine gute Nahversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln kann die demokratische Kultur stärken, da sie Mobilität und Teilhabe erleichtert (Kiess und Dilling 2025). Eine ausreichende Versorgung mit Krankenhausbetten wirkt positiv, indem sie staatliche Leistungsfähigkeit sichtbar macht und Vertrauen in Institutionen fördert. Vielfältige Angebotsstrukturen wie Kinos, Bäder oder Bibliotheken schaffen Räume für Begegnung und Austausch, was demokratische Sozialisation unterstützt (Hammonds 2023). Schließlich trägt die gute Erreichbarkeit von Jugendeinrichtungen dazu bei, demokratische Werte frühzeitig zu vermitteln und langfristig zu verankern.

Migrationsbezogene Indikatoren geben Hinweis, wie die demokratische Kultur geprägt ist und wie mit Vielfalt umgegangen wird. Eine positive Wahrnehmung geflüchteter Personen stärkt demokratische Einstellungen, weil sie Offenheit, Toleranz und die Anerkennung von Minderheitenrechten signalisiert (Claassen 2024). Ein höherer Ausländer:innenanteil fördert demnach durch alltägliche Vielfaltserfahrungen demokratische Kultur (Sotiropoulos et al. 2023).

Politikrelevante Indikatoren dienen zur Beschreibung der politischen Kultur. Die Wahlbeteiligung gilt als Maß für politische Partizipation und die Legitimation demokratischer Prozesse. Der Glaube an Verschwörungserzählungen fungiert als Gegenindikator, da er mit Misstrauen gegenüber Institutionen und der Ablehnung demokratischer Prinzipien verbunden ist (Pickel et al. 2022; Herold 2024). Vertrauen in staatliche Institutionen gilt dagegen als grundlegende Voraussetzung für die Stabilität demokratischer Strukturen (Butzlaff und Messinger-Zimmer 2020). Politisch motivierte Kriminalität schließlich verweist auf direkte Bedrohungen der demokratischen Ordnung – dieser Indikator liegt jedoch nur auf Kreisebene vor.

Anhand des Rahmenmodells wird deutlich, dass sich demokratische Kultur aus den Wechselwirkungen der soeben dargestellten Faktoren ergibt. Das Modell ermöglicht es zugleich, die Indikatoren für die Sekundäranalyse begründet zu berücksichtigen, um die demokratische Kultur in den RORen zu beschreiben und zu erklären und darauf aufbauend Problemlagen abzuleiten.

3 Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse

Statistische Informationen für die Sekundärdatenanalyse liegen auf Gemeinde-, Kreis-, Raumordnungs- und Bundesland-Ebene vor, um Gebiete in Deutschland zu beschreiben. In unserem Fall nutzen wir unterschiedliche Daten (INKAR-Datenbank – Datenquelle mit amtlichen statistischen Merkmalen, Sozio-oekonomisches Panel etc.).

Die ROR ist die Aggregatsebene, auf der für alle ausgewählten Indikatoren statistische Informationen vorliegen – mit Ausnahme der Statistik für politisch motivierte Kriminalität.

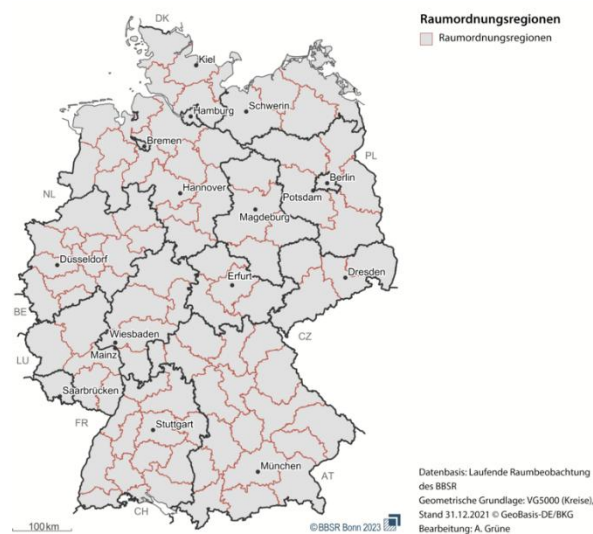


Abbildung 3 Raumordnungsregionen in Deutschland (Quelle: BBSR Bonn 2023)

Es gibt in Deutschland 96 RORen, vier davon liegen in Sachsen-Anhalt. Wir berücksichtigen für unsere Analyse alle 96 RORen in Deutschland, um unserem Anliegen einer relationalen Raumanalyse gerecht zu werden. Die Einbeziehung aller RORen ermöglicht, eine vergleichende, typisierende Analyse, die es erlaubt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den vier RORen Sachsen-Anhalts und den übrigen 92 RORen herauszuarbeiten.

Die zehn PfD lassen sich wie folgt in den vier RORen Sachsen-Anhalts verorten.

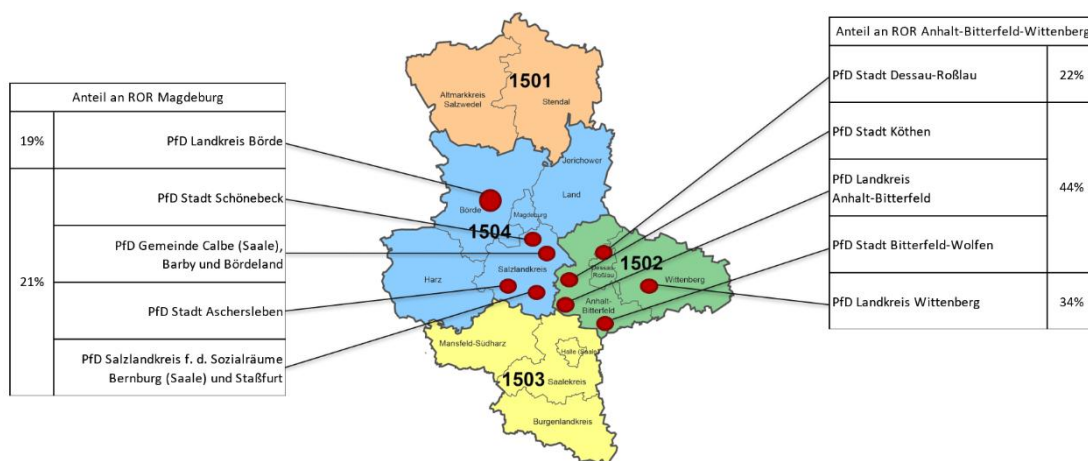


Abbildung 4 Raumordnungsregionen in Sachsen-Anhalt

Anhand der Bevölkerungszahlen lässt sich der Anteil der PfD an der Gesamtbevölkerung der jeweiligen ROR bestimmen und damit das Gewicht der PfD an der ROR quantifizieren:

- In der ROR Magdeburg entfallen
 - 19 % der Bevölkerung auf die PfD Landkreis Börde,
 - 21 % auf die PfD Stadt Schönebeck, die PfD Gemeinde Calbe (Saale), Barby und Bördeland, die PfD Stadt Aschersleben sowie die PfD Salzlandkreis für die Sozialräume Bernburg (Saale) und Staßfurt.
- In der ROR Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg entfallen
 - 22 % der Bevölkerung auf die PfD Stadt Dessau-Roßlau,
 - 44 % auf die PfD Stadt Köthen, die PfD Landkreis Anhalt-Bitterfeld und die PfD Stadt Bitterfeld-Wolfen,
 - 34 % auf die PfD Landkreis Wittenberg

3.1 Beschreibende Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse

Die beschreibende Analyse fußt auf unterschiedlichen Datenquellen. Der Altersdurchschnitt (2022), die Siedlungsdichte (2022), die Bruttoverdienste (2021), die Absolvent:innen von Hochschulen/Universitäten an der beschäftigten Bevölkerung (Uni-/HS-Quote - 2022), die Haltestellen im öffentlichen Verkehr (ÖV-Haltestellen - 2022), die Krankenhausbettendichte (KH-Betten - 2021), die Kulturangebote (2021), der Ausländer:innenanteil (2022) stammen aus der INKAR-Datenbank (<https://www.inkar.de/>).

Das Empfinden von Sorgen (2023), das Vertrauen in Institutionen (2021), der Glaube an Verschwörungserzählungen (2021) und die Wahrnehmung von Geflüchteten (2023) ist anhand des Sozio-ökonomischen Panels (<https://www.diw.de/de/soep>) operationalisiert und berechnet worden.

Die Wahlbeteiligung im Rahmen der Bundestagswahl 2025 ist auf Basis der öffentlichen Statistiken der Bundeswahlleiterin ermittelt worden (<https://www.bundeswahlleiterin.de/>).

Die Jugendeinrichtungen (2020) sind mit Hilfe der Daten der Statistik der Träger der Kinder- und Jugendhilfe recherchiert und mit den demographischen und siedlungsbezogenen Daten aus der INKAR-Datenbank kombiniert worden.

Die unterschiedlichen Zeitbezüge der Indikatoren ergeben sich aus der jeweiligen Datenverfügbarkeit und den Veröffentlichungszyklen der zugrunde liegenden Datensätze.

Die Ergebnisse finden sich in der folgenden Darstellung wieder:

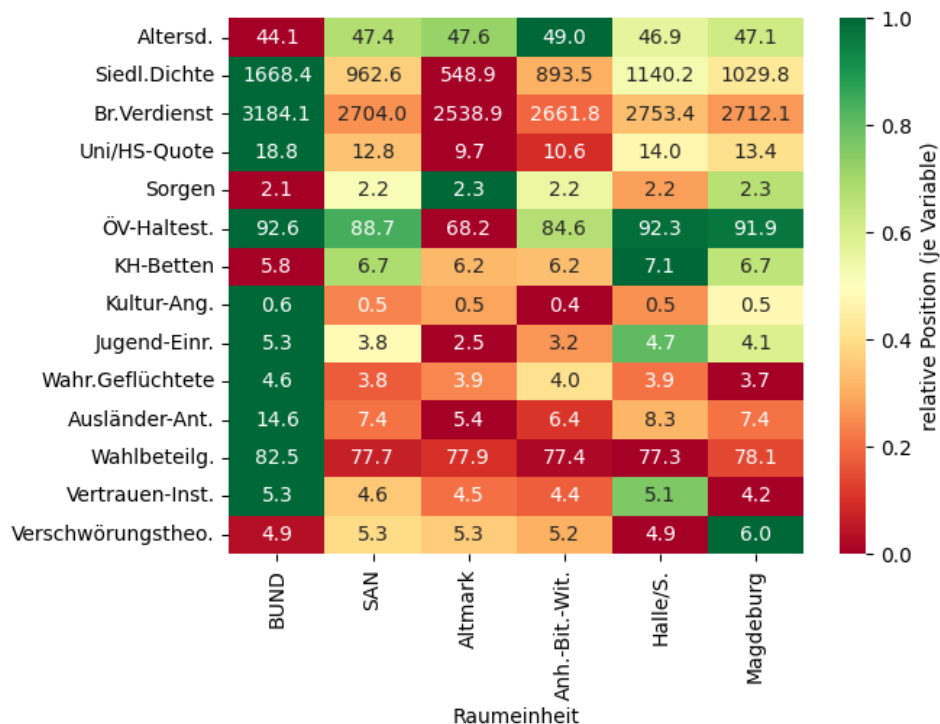


Abbildung 5 Deskriptive Beschreibung der RORen in Sachsen-Anhalt

Demografische Indikatoren:

Das Durchschnittsalter gibt an, wie alt im Durchschnitt die Bevölkerung in einer Gebietseinheit ist. Ein hohes Durchschnittsalter ist verbunden mit einer höheren Krankheitslast und mit einer geringeren wirtschaftlichen Produktivität und Innovationsfähigkeit. In Sachsen-Anhalt liegt der Altersdurchschnitt mit 47,4 Jahren über dem Bundesschnitt von 44,1. Die RORen Sachsen-Anhalts liegen ebenfalls über den Altersdurchschnitt im Bund. Unter dem Landesschnitt (47,4) liegen die ROR Halle/Saale (46,9) als „jüngste“ ROR und Magdeburg (47,1). Die älteste ROR ist Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (49,0), gefolgt von der ROR Altmark (47,6).

Die Siedlungsdichte gibt an, wie viele Einwohner:innen auf einem km² Siedlungsdichte leben. Eine hohe Siedlungsdichte weist darauf hin, dass viele Menschen auf einem km² leben und ist damit Ausdruck von Urbanität. Die Siedlungsdichte ist in Sachsen-Anhalt mit 962,6 Einwohner:innen je km² deutlich geringer als im Bund (1.668,4). Am höchsten liegt die Dichte in Halle/Saale (1.140,2), gefolgt von Magdeburg (1.029,8). Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (893,5) und insbesondere die Altmark (548,9) liegen deutlich unter dem Landes- und Bundesniveau.

Ökonomische, bildungsbezogene & soziale Indikatoren:

Der durchschnittliche Bruttoverdienst ist ein Indikator für das mittlere Erwerbseinkommen. Ein hohes durchschnittliches Brutto-Erwerbseinkommen verweist darauf, dass die wirtschaftlichen

Bedingungen vor Ort günstig sind, um hohe Einkommen zu erzielen. Aus hohen durchschnittlichen Einkommen-Niveaus lässt sich schließen, dass die wirtschaftlichen Strukturen des Gebietes unternehmerisch erfolgreich, produktiv und innovativ sind. In allen vier ROR liegt der monatliche Verdienst spürbar unter dem Bundesdurchschnitt (3.184,1€). Halle/Saale (2.753,4€) und Magdeburg (2.712,1€) erreichen etwas höhere Werte und liegen damit über dem LSA-Durchschnitt (2.704,0€), während Altmark (2.538,9€) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (2.661,8€) die niedrigsten Einkommen aufweisen.

Ein hoher Anteil an beschäftigten Akademiker:innen am Wohnort ist ein Indikator für die Zusammensetzung der Bevölkerung hinsichtlich des Bildungsabschlusses. Demnach gibt ein hoher Anteil an beschäftigten Akademiker:innen einen Hinweis darauf, dass hohe Qualifikationsanforderungen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst vorherrschen und, dass komplexe Produkte und Dienstleistungen hergestellt und angeboten werden. Der Anteil von beschäftigten Akademiker:innen am Wohnort ist an der Anzahl aller Beschäftigten gemessen und liegt in Halle/Saale (14,0 %) und Magdeburg (13,4 %) höher als im Landesschnitt (12,8 %) aber immer noch unter dem Bundesschnitt (18,8 %). In Altmark (9,7 %) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (10,6 %) bleibt der Wert hingegen klar unter Landes- und Bundesniveau.

Das Sorgenempfinden wird auf einer Skala von 1 (=keine Sorgen) bis 5 (=starke Sorgen) gemessen und stellt ein Indikator für die Sorgen und Ängste der Bevölkerung dar. Dieser liegt im Landesschnitt (2,2) über dem Bundeswert (2,1). Am stärksten ausgeprägt sind Sorgen in der Altmark (2,3) und Magdeburg (2,3), während Halle/Saale (2,2) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (2,2) den niedrigsten Wert verzeichnen.

Infrastrukturelle Indikatoren:

Die Nahversorgung mit ÖV-Haltestellen gibt den Anteil der Einwohner:innen mit max. 1000m Entfernung zur nächsten Haltestelle des ÖV mit mind. 20 Abfahrten am Tag an. Eine hohe Nahversorgung mit ÖV-Haltestellen ist ein Ausdruck für Mobilität, Urbanität und Teilhabe. Der Landesschnitt liegt dabei mit 88,7 % unter dem Bund (92,6 %). Halle/Saale (95,3 %) und Magdeburg (95,0 %) liegen klar darüber, während Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (76,5 %) und besonders die Altmark (68,2 %) deutlich schlechter versorgt sind. Die Unterschiede zwischen den Regionen Magdeburg und Halle/Saale einerseits sowie Altmark und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg andererseits lassen sich durch den unterschiedlichen Grad an Urbanität erklären.

Die Krankenhausbettendichte gibt an, wie viele verfügbare Krankenhausbetten es für 1.000 Einwohner:innen gibt. Sachsen-Anhalt (6,7) liegt leicht über dem Bund (6,0). Halle/Saale weist mit 7,1 den höchsten Wert auf, gefolgt von Magdeburg (6,7), Altmark (6,2) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (6,2). Die überdurchschnittlichen Werte der Krankenhausbettendichte für Sachsen-Anhalt dürfte mit dem überdurchschnittlichen Wert für den Altersdurchschnitt

erklärbar sein. Bei einer vergleichsweise älteren Bevölkerungsstruktur ist die ausreichende Versorgung mit Krankenhausbetten folglich sicherzustellen.

Die Verfügbarkeit der Kulturangebote ist ein Indikator für die kulturelle Teilhabe der Bevölkerung. Der Indikator für Kulturangebote gibt die Erreichbarkeit von Kinos, Bädern, Bibliotheken im Verhältnis zur Bevölkerung und Fläche an. Je höher der Wert, desto höher auch die Angebote im kulturellen Bereich. Sachsen-Anhalt (0,5) liegt dabei unter dem Bundesschnitt von 0,6. Die ROR Magdeburg, Halle/Saale und Altmark ähneln mit 0,5 ungefähr dem Landesschnitt. Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg liegt mit 0,4 unter Landes- und Bundesschnitt.

Der Erreichbarkeitsindex für Jugendeinrichtungen gibt die Nähe von Jugendeinrichtungen im Verhältnis zur Bevölkerung und Fläche an. Je höher der Wert, desto höher ist auch die Zahl der Jugendeinrichtungen. Der Erreichbarkeitsindex für Jugendeinrichtungen liegt in Sachsen-Anhalt bei 3,8 und damit klar unter dem Bundesdurchschnitt von 5,3. Halle/Saale (4,7) erreicht als einzige ROR annähernd den Bundeswert und liegt damit über dem Landesschnitt. Magdeburg (4,1) liegt knapp darüber, während die Altmark (2,5) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (3,2) unter Landes- und Bundesniveau bleiben. Hier macht sich im Land Sachsen-Anhalt erneut der Unterschied zwischen Land und Stadt bemerkbar. In urbanen Gebieten ist demnach die Versorgung mit Jugendeinrichtungen besser.

Migrationsbezogene Indikatoren:

Der Ausländer:innenanteil liegt in Sachsen-Anhalt (7,5 %) deutlich unter dem Bundeswert (14,6 %). Halle/Saale (11,6 %) und Magdeburg (10,8 %) übertreffen den Landesschnitt, während Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (7,2 %) und die Altmark (5,8 %) darunter liegen. Auch hier zeigt sich ein Land-Stadt-Unterschied. Die Migration erfolgt aufgrund der Erwerbsmöglichkeiten demnach vornehmlich in die Städte.

Die positive Wahrnehmung geflüchteter Personen ist ein Indikator für die Weltoffenheit und für die Akzeptanz von Menschen mit ausländischer Herkunft. Der Indikator wird auf einer Skala von 1 (= schlecht) bis 10 (= gut) angegeben und ist in Sachsen-Anhalt mit 3,8 negativer als im Bund (4,6). Die positivste Wahrnehmung von Geflüchteten findet sich in Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (4,0), dicht gefolgt von Halle/Saale (3,9) und der Altmark (3,9). Magdeburg erreicht mit 3,7 den niedrigsten Wert und liegt damit unter dem Bundes- wie auch dem Landesdurchschnitt.

Politikrelevante Indikatoren:

Die Wahlbeteiligung ist ein Ausdruck für die politische Stabilität und das politische Engagement (Addeo et al. 2024). Die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2025 erreicht in Sachsen-Anhalt 77,7 % und bleibt damit unter dem Bundesschnitt (82,5). Innerhalb der ROR liegen

Magdeburg (78,1) und die Altmark (77,9) knapp über dem Landesschnitt, Halle/Saale (77,3) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (77,4) knapp darunter.

Der Glaube an Verschwörungserzählungen ist ein Ausdruck für politisches Misstrauen und politischer Ohnmacht (Herold 2024). Die Zustimmung zu Verschwörungserzählungen wird auf einer Skala von 0 = mit Sicherheit nicht bis 10 = mit Sicherheit gemessen. Sachsen-Anhalts Durchschnittswert mit 5,3 liegt dabei über dem Bundesschnitt von 4,9. Verschwörungserzählungen erhalten in Magdeburg (6,0), gefolgt von Altmark (5,3) die meiste Zustimmung. Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (5,2) und Halle/Saale (4,9) liegen unter dem Landesschnitt.

Das Vertrauen in Institutionen ist ein Ausdruck von politischer Stabilität (Butzlaff und Messinger-Zimmer 2020). Das Vertrauen in Institutionen wird auf einer Skala von 1 (= überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (= vollstes Vertrauen) angegeben. Im Bund liegt dieser Wert bei 5,3 und in Sachsen-Anhalt darunter bei 4,6. Über dem Landeswert liegen Halle/Saale (5,1) während Magdeburg (4,2), die Altmark (4,5) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (4,4) unter dem Landeschnitt liegen.

Zusammengefasst zeigt sich für die Raumordnungsregionen (ROR) in Sachsen-Anhalt folgendes Bild: Die Bevölkerung ist im Durchschnitt älter und lebt weniger städtisch. Wirtschaftlich, bildungsbezogen und sozial bestehen Nachteile: Die Einkommen liegen niedriger, das Bildungsniveau der Beschäftigten ist geringer, und Sorgen sind stärker ausgeprägt. Auch die Infrastruktur ist schwächer: Es gibt weniger Angebote im Bereich öffentlicher Verkehr, Kultur und Jugend, während die Krankenhausdichte vergleichsweise hoch ist. Bei migrationsbezogenen Aspekten fällt auf, dass Geflüchtete eher negativ wahrgenommen werden, obwohl der Anteil ausländischer Bürger:innen insgesamt niedrig ist. Politisch zeigt sich eine geringere Wahlbeteiligung und ein schwächeres Vertrauen in Institutionen, während gleichzeitig Verschwörungsneigungen stärker verbreitet sind.

3.2 Verdichtete und zusammenhängende Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse

Zur Verdichtung der vielen Einzelindikatoren (Demografie, Wirtschaft, Bildung, Soziales, Infrastruktur, Migration, Politik – siehe vorangegangenes Kapitel) ist ein Clusterverfahren zur Gruppierung und Zusammenführung der Einzelindikatoren durchgeführt worden. Das Clusterverfahren ermöglicht es, die Einzelindikatoren auf relevante (Raum-)Dimensionen zu verdichten.

Grundlage des Clusterverfahrens auf Ebene der Einzelindikatoren sind die Daten der 96 RORen Deutschlands. Wir berücksichtigen demnach alle RORen, um die Gebiete relational zu beschreiben. Für die Analyse konnten wir alle Indikatoren mit Ausnahme der politisch

motivierten Kriminalität berücksichtigen. Die statistischen Daten für die politische Kriminalität liegen leider nicht vollständig für alle 96 Raumordnungsregionen vor, sondern nur auf Kreis-, Landes- und Bundesebene.

Das Clusterverfahren fasst die sich ähnelnden Einzelindikatoren auf Basis der empirischen Daten zusammen. Dadurch werden latente Dimensionen identifizierbar. Das Ergebnis des Clusterverfahrens auf Ebene der Einzelindikatoren lässt sich aus Abbildung 6 ablesen. Die Darstellung macht darauf aufmerksam, dass drei Raumdimensionen aus den 14 Einzelindikatoren abgeleitet werden können.

Die erste Dimension beruht auf der Krankhausbettendichte, dem Altersdurchschnitt, der Neigung zu Verschwörungserzählungen und zu Sorgen. Hohe Werte auf der Dimension machen auf Gebiete aufmerksam, die durch einen hohen Altersdurchschnitt und Krankenhausbetten-dichte sowie durch ein hohes Niveau an Sorgen und an Glauben an Verschwörungserzählungen gekennzeichnet sind.

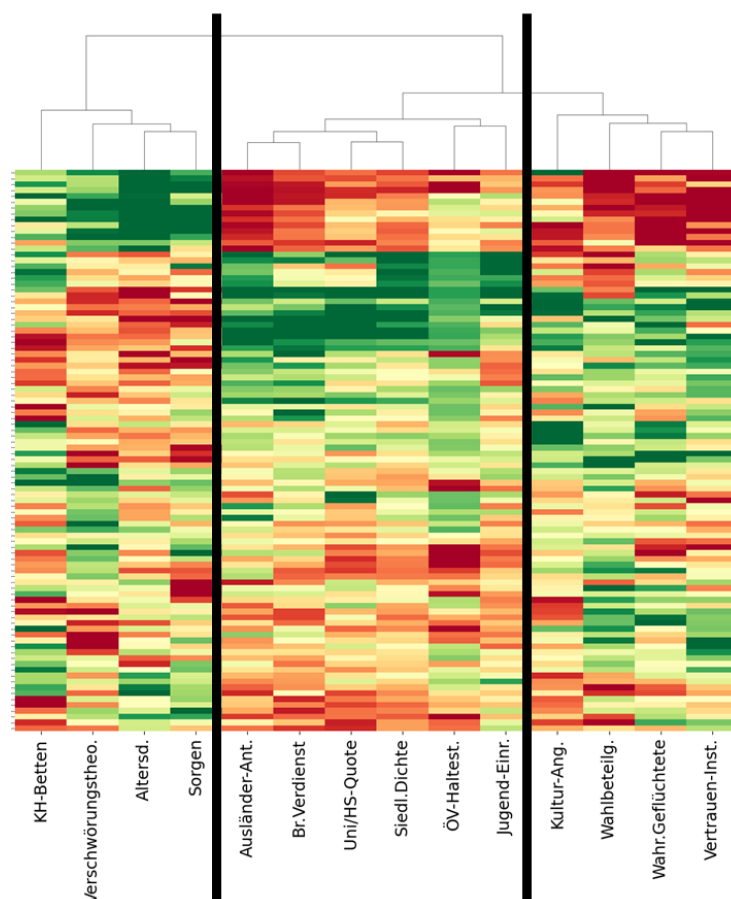


Abbildung 6 Clusterverfahren zur Verdichtung der Raummerkmale

Folglich ist ein hoher Wert auf der Krankenhausbettendichte kein Indikator für Systemqualität, eher für Krankheitslast einer Gesellschaft. Die Dimension macht insgesamt die Anfälligkeit für

Ängste, Krankheiten und Verschwörungsglauben einer Region messbar und wird deshalb als Dimension der Vulnerabilität bezeichnet.

Die zweite Dimension fasst die Indikatoren Ausländer:innenanteil, Bruttoverdienste, Universitäts-/Hochschulabschlüsse, Siedlungsdichte, Versorgung mit öffentlichen Verkehrsstrukturen und Jugendeinrichtungen zusammen. Hohe Werte auf dieser Dimension weisen auf ethnische Diversität, ein höheres Bildungsniveau, höhere Einkommensverdienste, einen höheren Urbanitätsgrad und eine bessere infrastrukturelle Versorgung hin. Es handelt sich folglich um besser ausgestattete, im Durchschnitt höher gebildete, ökonomisch erfolgreichere und diverse Gebiete. Ein hoher Ausländer:innenanteil macht demnach auf die Attraktivität der Gebiete aufmerksam. Daher wird diese Dimension insgesamt als Dimension der Ressourcen bezeichnet.

Die dritte Dimension setzt sich zusammen aus der Versorgung mit Kulturangeboten, aus dem Wahlbeteiligungsniveau, aus der Wahrnehmung von Geflüchteten und dem Vertrauen in Institutionen. Ein hoher Wert auf der Dimension zeigt an, dass es viele Kulturangebote, eine hohe Wahlbeteiligung, ein hohes Niveau an Vertrauen in Institutionen und Geflüchtete positiv wahrgenommen werden. Die Dimension erfasst politisch-demokratisches Engagement, das Vertrauen in die demokratische Ordnung, die Offenheit für Vielfalt und die Teilhabe an kulturellen Angeboten. Daher wird diese Dimension als Dimension der Demokratie bezeichnet. Denn ein hoher Wert ist verbunden mit der Anerkennung von Vielfalt und demokratischer Institutionen sowie der aktiven Beteiligung an demokratischen Prozessen.

Eine Zusammenhangsanalyse zwischen den drei identifizierten Raumdimensionen gibt Aufschluss darüber, wie diese miteinander zusammenhängen. Das Ergebnis der Korrelationsanalyse lässt sich aus Abbildung 7 ablesen.

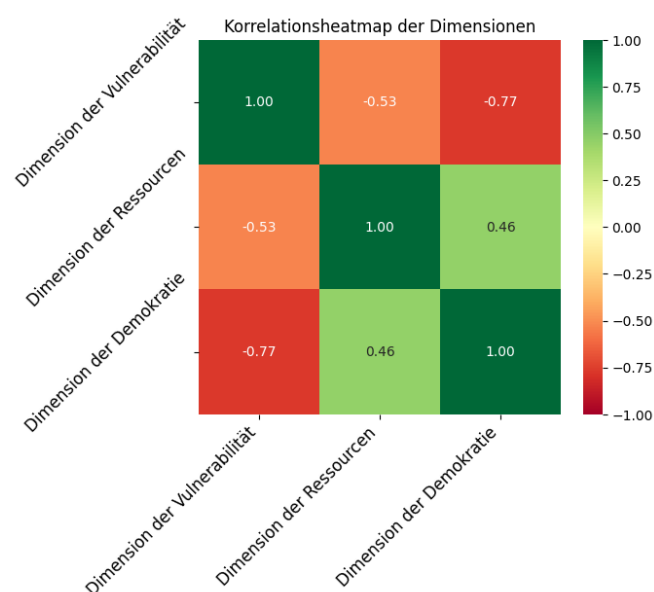


Abbildung 7 Korrelationsanalyse der Raumdimensionen

Die Analyse zeigt, dass ein hoher Wert auf der Dimension der Vulnerabilität verbunden ist mit einem tendenziell niedrigen Wert auf der Dimension der Ressourcen und der Demokratie. Aus diesem Zusammenhang lässt sich ablesen, dass eher Räume mit einem hohen Altersdurchschnitt eher weniger über Ressourcen verfügen und weniger demokratisch orientiert sind. Der Zusammenhang zwischen der Dimension der Ressourcen und der Demokratie zeigt, dass der Zusammenhang positiv ist. Gebiete, die eher divers, wirtschaftlich erfolgreich und infrastrukturell gut aufgestellt sind, neigen eher zu einer demokratischen Kultur.

Die Abbildung 8 stellt ausgewählte Raumordnungsregionen anhand ihrer Positionen auf der Dimension der Vulnerabilität und der Ressourcen dar.

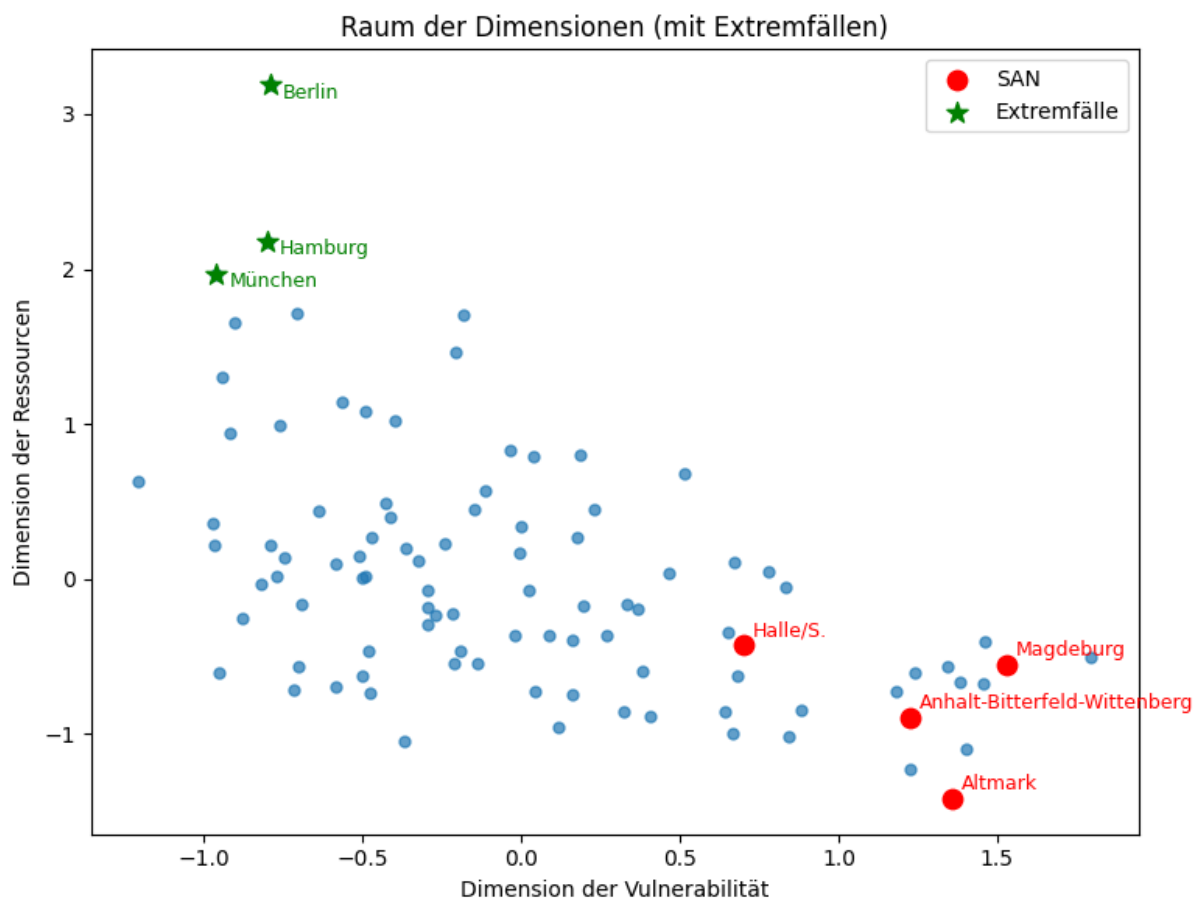


Abbildung 8 Punktdiagramm zwischen der Dimension der Vulnerabilität und der Dimension der Ressourcen

Alle vier ROR Sachsen-Anhalts liegen auf der Dimension der Vulnerabilität über null und auf der Dimension der Ressourcen unter null und weisen damit im Bundesvergleich geringere Ressourcen, aber dafür eine höhere Vulnerabilität aus. Auf der Dimension der Vulnerabilität weist ROR Halle/S. eine günstigere Position als ROR Magdeburg, ROR Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und ROR Altmark auf. Das bedeutet, dass ROR Halle/S. weniger anfällig ist für Sorgen und Verschwörungserzählungen als die übrigen RORen aus Sachsen-Anhalt. Bei der Betrachtung der Dimension der Ressourcen zeigt sich eindeutig der Unterschied in der

Urbanitätsdichte: ROR Halle und ROR Magdeburg sind urban (positivere Werte auf der Dimension der Ressourcen), während die ROR Altmark und ROR Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg weniger urban sind und damit verbunden in der Konsequenz auch geringere Bruttoverdienste und ein geringeres Bildungsniveau im Durchschnitt haben.

Die Abbildung 9 macht auf den Zusammenhang zwischen der Dimension der Vulnerabilität und der Demokratie aufmerksam.

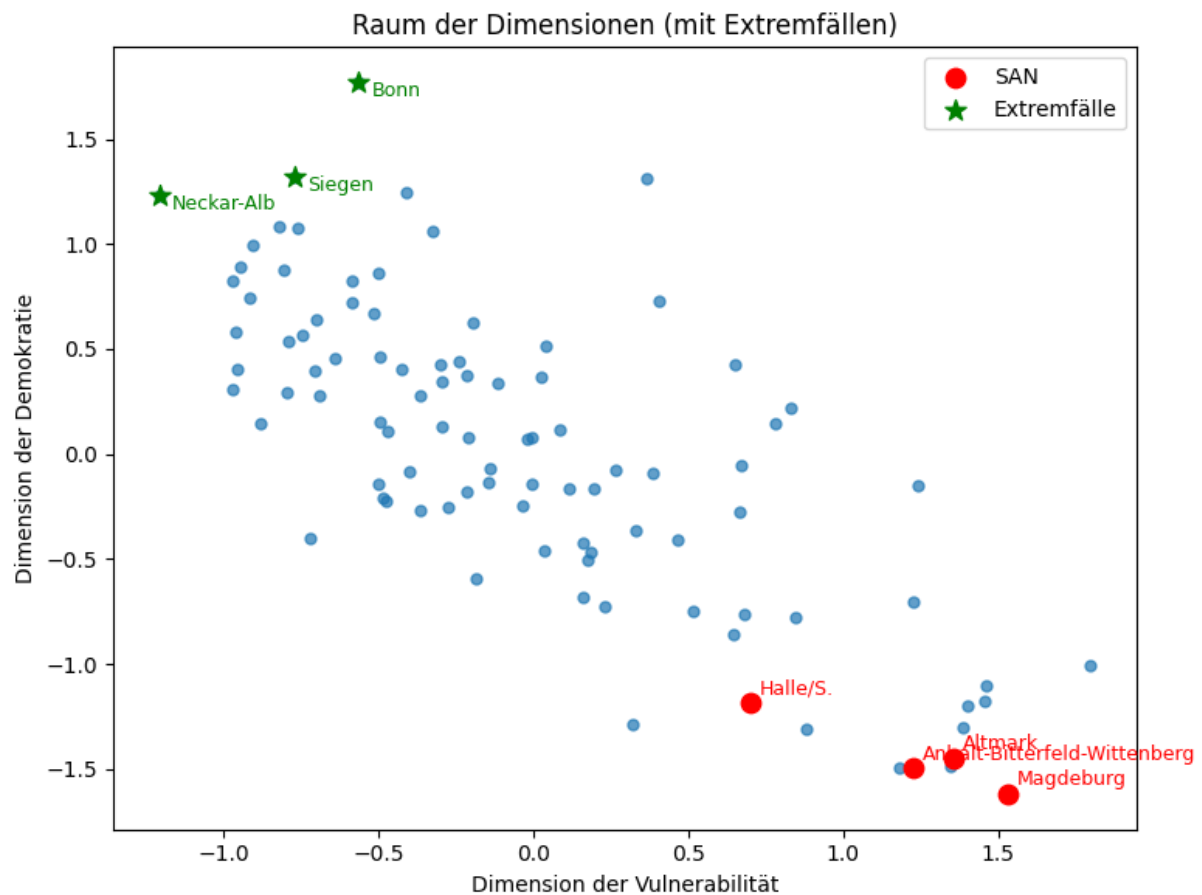


Abbildung 9 Punktdiagramm zwischen der Dimension der Vulnerabilität und der Dimension der Demokratie

Die ROREn aus Sachsen-Anhalt weisen auf der Dimension der Demokratie Werte kleiner null auf und sind damit unterdurchschnittlich. ROR Magdeburg weist den geringsten Wert und ROR Halle/S. den höchsten Wert auf der Dimension der Demokratie aus.

Die Abbildung 10 stellt zusammenfassend die drei Dimensionen im Zusammenhang mit der ROREn aus Sachsen-Anhalt dar. Dabei zeigt sich, dass die ROREn aus Sachsen-Anhalt einen hohen Wert auf der Dimension der Vulnerabilität einnehmen und niedrigere Werte auf der Dimension der Ressourcen und der Demokratie. Hinzukommt, dass ein Clusterverfahren auf Ebene der ROREn abschließend aufzeigt, dass sich die ROREn aus Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung der übrigen 92 Raumordnungsregionen sich sehr ähneln und zusammen ein

Cluster bilden. Inhaltlich stellt dieses Cluster mit den vier RORen aus Sachsen-Anhalt eine Gruppe von Gebieten dar, die herausfordernde demographische, soziale, ökonomische, infrastrukturelle und politische Bedingungen aufweisen.

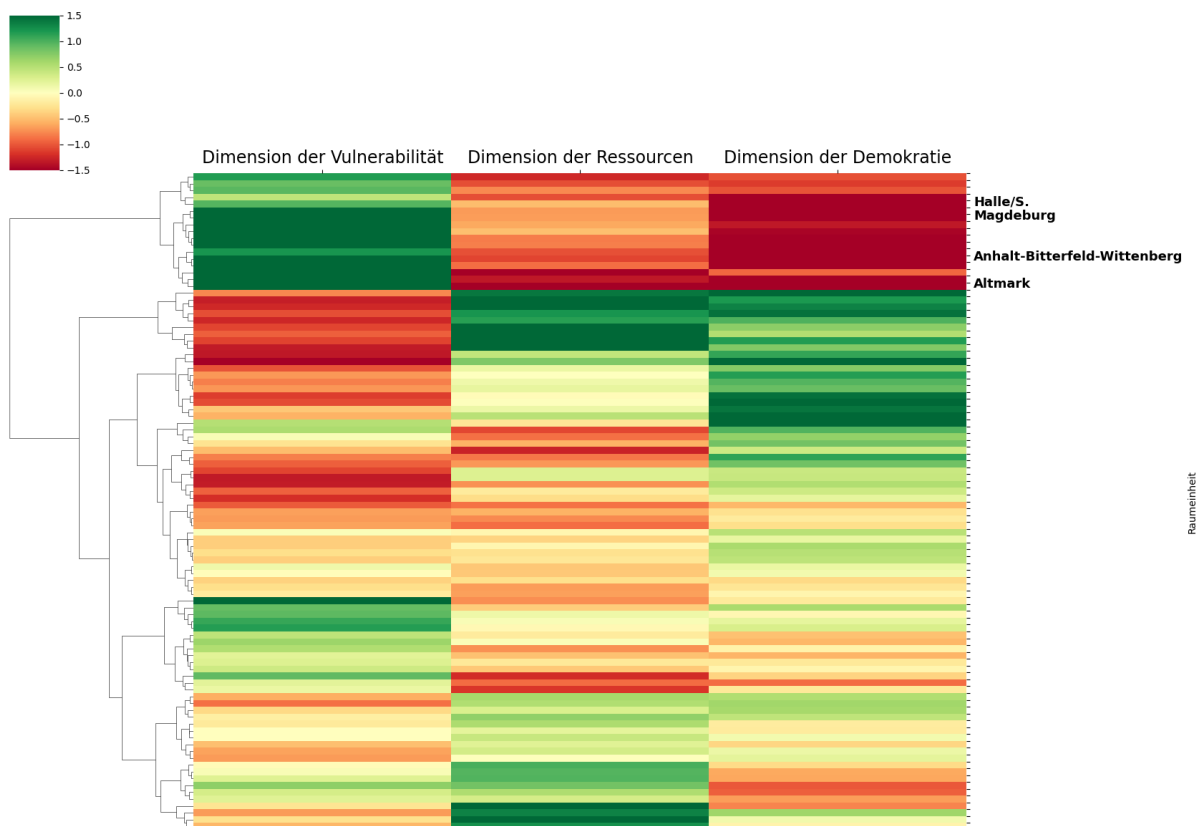


Abbildung 10 Clusteranalyse zur Gruppierung der RORen

3.3 Ergebnisse zur politisch motivierten Kriminalität

Politisch motivierte Kriminalität stellt den Versuch dar, auf unrechtmäßige Weise politischen Einfluss auszuüben. Sie ist auch ein Ausdruck für die Ablehnung des freien politischen Willensbildungsprozesses und der demokratisch verfassten politischen Strukturen im Land.

Tabelle 1 Politisch motivierte Kriminalität auf Kreisebene in Sachsen-Anhalt (absolut)

Raumeinheit	Rechts	Links	Ausländische	Religiöse	Sonstiges	Summe
Halle (Saale)	468	74	12	5	93	652
Magdeburg	357	111	32	2	133	635
Anhalt-Bitterfeld	253	17	6	0	114	390
Salzlandkreis	274	14	0	3	22	313
Harz	210	17	1	1	30	259
Stendal	165	11	2	3	59	240
Börde	142	4	0	0	71	217
Mansfeld-Südharz	183	0	0	0	32	215
Saalekreis	169	10	1	1	34	215
Wittenberg	157	6	0	3	38	204
Burgenlandkreis	162	2	0	0	36	200
Jerichower Land	140	1	1	0	27	169
Dessau-Roßlau	121	11	3	1	22	158
Altmarkkreis Salzwedel	119	2	0	0	20	141
Sachsen-Anhalt	2.920	280	58	19	731	4.008
	73%	7%	1%	0%	18%	100%
Deutschland (Bund)	42.788	9.971	7.343	1.877	22.193	84.172
	51%	12%	9%	2%	26%	100%

Insgesamt sind 84.172 Delikte politisch motivierter Kriminalität bundesweit im Jahr 2024 gemeldet worden (siehe Tabelle 1). Davon entfallen allein 4.008 Delikte (~5 %) auf Sachsen-Anhalt. Von den 4.008 Delikten gehen 2.920 (73 %) auf rechts motivierte und 280 (7 %) auf links motivierte politische Kriminalität zurück. Im Vergleich zum Bund zeigt sich, dass rechts motivierte politische Kriminalität in Sachsen-Anhalt (73 %) prozentual betrachtet häufiger vorkommt als im Bund (51 %), während die links motivierte politische Kriminalität in Sachsen-Anhalt (7 %) im Vergleich zum Bund (12 %) prozentual betrachtet weniger oft vorkommt.

Um die unterschiedlichen Bevölkerungszahlen auf Bund, Landes und in den Kreisen zu berücksichtigen stellen wir in Tabelle 2 die Delikte je 100.000 Einwohner:innen dar, um die unterschiedlichen Bevölkerungsgröße rauszurechnen, um auf diese Weise eine Vergleichbarkeit zu erzielen: Die Anzahl politisch motivierter Straftaten je 100.000 Einwohner:innen ist in Sachsen-Anhalt mit 187 deutlich höher als im Bund (101). Am höchsten liegt sie in Halle/S (286) gefolgt von Magdeburg (262), Anhalt-Bitterfeld (254) und Stendal (225). Dabei fällt Halle/S. besonders auf: Obwohl die Stadt nicht die Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts ist, ereignen sich dort vergleichsweise häufig politisch motivierte Delikte.

Tabelle 2 Politisch motivierte Kriminalität auf Kreisebene in Sachsen-Anhalt (pro 100.000 Einw.)

Raumeinheit	Rechts	Links	Ausländische	Religiöse	Sonstiges	Summe
Halle (Saale)	206	33	5	2	41	286
Magdeburg	147	46	13	1	55	262
Anhalt-Bitterfeld	164	11	4	0	74	254
Stendal	155	10	2	3	55	225
Dessau-Roßlau	159	14	4	1	29	208
Jerichower Land	158	1	1	0	30	191
Altmarkkreis Salzwedel	147	2	0	0	25	175
Salzlandkreis	150	8	0	2	12	172
Wittenberg	128	5	0	2	31	167
Mansfeld-Südharz	141	0	0	0	25	165
Börde	84	2	0	0	42	129
Harz	101	8	0	0	14	125
Saalekreis	93	5	1	1	19	118
Burgenlandkreis	92	1	0	0	21	114
Sachsen-Anhalt	136	13	3	1	34	187
	73%	7%	1%	0%	18%	100%
Deutschland (Bund)	51	12	9	2	27	101
	51%	12%	9%	2%	26%	100%

Vergleicht man die unterschiedlichen Motive politischer Kriminalität miteinander, zeigt sich auch hier, dass die rechts motivierte politische Kriminalität in Sachsen-Anhalt 2,6-mal (136 zu 51) häufiger vorkommt als im Vergleich zu Deutschland insgesamt. Die links motivierte politische Kriminalität ist in Sachsen-Anhalt (13) nur unwesentlich größer als in Deutschland insgesamt (12). Die ausländische und religiöse politisch motivierte Kriminalität weist in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Deutschland geringere Werte auf. Parallel dazu liegt der Ausländer:innenanteil in Sachsen-Anhalt mit 7,4 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 14,6 %. Da Angaben zum Migrationshintergrund nicht vorliegen, kann dieser Aspekt in der Analyse nicht weiter berücksichtigt werden.

Die Delikte lassen sich nicht nur nach der Motivlage, sondern auch nach den Deliktfeldern als Kennzahl je 100.000 Einwohner:innen darstellen (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3 Deliktfelder der politisch motivierten Kriminalität (pro 100.000 Einw.)

Name	Propaganda	Sachbeschädigung	Beleidigung	Volksverhetzung	Körperverletzung	Sonstiges
Halle (Saale)	128	42	41	27	15	33
Magdeburg	87	73	36	26	16	24
Anhalt-Bitterfeld	132	59	23	13	6	21
Stendal	132	44	16	16	5	12
Dessau-Roßlau	141	26	9	13	7	12
Jerichower Land	151	17	2	6	2	12
Altmarkkreis Salzwedel	144	20	2	2	1	5
Salzlandkreis	138	7	8	8	6	5
Wittenberg	109	25	11	11	1	11
Mansfeld-Südharz	133	15	0	10	4	4
Börde	77	30	2	6	1	12
Harz	92	4	3	13	2	10
Saalekreis	70	16	10	11	3	7
Burgenlandkreis	79	15	4	7	1	7
Sachsen-Anhalt	110	30	14	13	6	14
	59%	16%	8%	7%	3%	7%
Deutschland (Bund)	37	22	12	11	3	16
	37%	21%	12%	11%	3%	16%

Die obige Tabelle zeigt, dass Propaganda-Delikte besonders häufig vorkommen, gefolgt von Sachbeschädigung, Beleidigungen, Volksverhetzung und Körperverletzung. Vergleicht man die prozentuale Zusammensetzung der Deliktfelder, zeigt sich, dass Propaganda-Delikte in Sachsen-Anhalt mit 59 % häufiger vorkommen als in Deutschland mit 37 %. Dagegen kommt prozentual betrachtet die Sachbeschädigung (16 % zu 21 %), die Beleidigung (8 % zu 12 %) und die Volksverhetzung (7 % zu 11 %) zu einem geringeren Anteil in Sachsen-Anhalt vor als in Deutschland.

Im Folgenden stellen wir Zusammenhangsanalysen für rechts und links motivierte politische Kriminalität vor. Die rechts motivierte politische Kriminalität hängt offenbar zusammen mit der Beschäftigtenquote in den Kreisen. Je höher die Beschäftigtenquote, desto geringer die politisch rechtsmotivierte Kriminalität pro 100.000 Einwohner:innen.

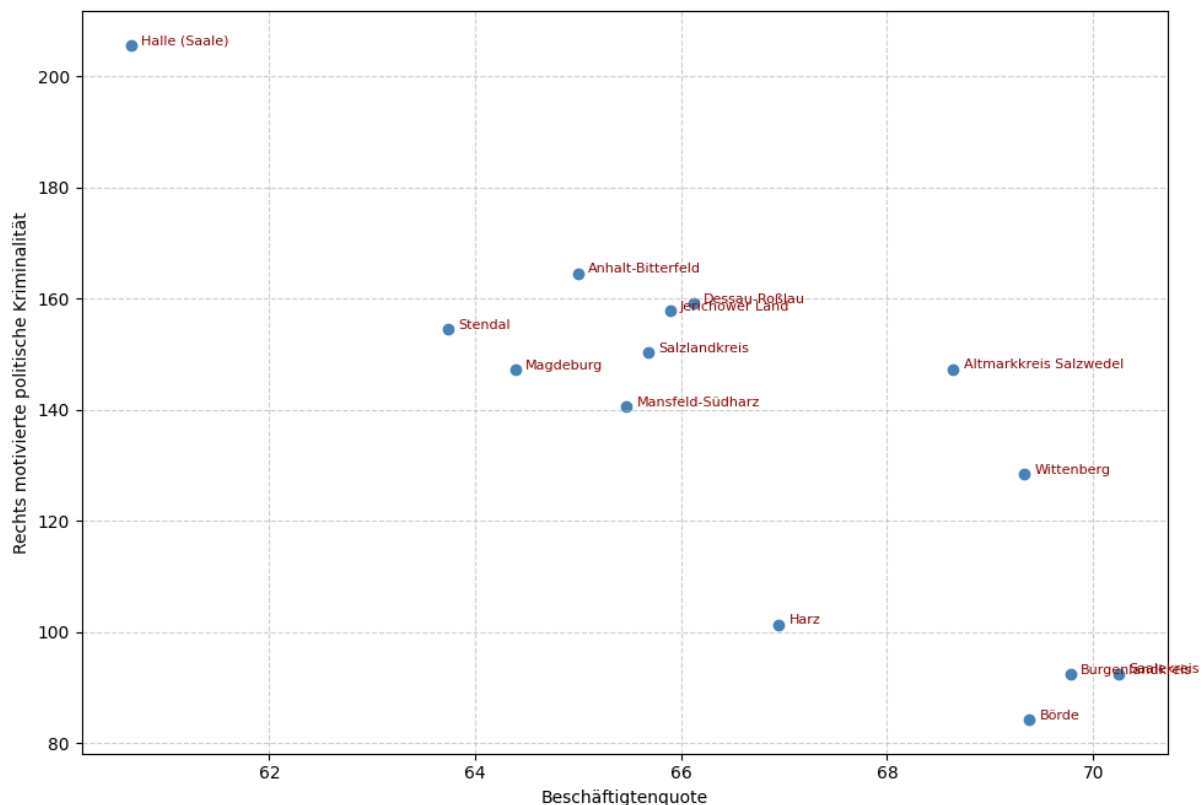


Abbildung 11 Punktediagramm zwischen rechts motivierter politischer Kriminalität und Beschäftigtenquote

Unsere Analyse zeigt zudem, dass rechtsmotivierte politische Kriminalität positiv mit der Arbeitslosenquote ($r = 0,70$) und der Schuldner:innenquote ($r = 0,73$) in den Kreisen korreliert. Dies deutet darauf hin, dass rechtsmotivierte Kriminalität eher im Kontext erlebter sozioökonomischer Benachteiligung entsteht. Fehlende Ressourcen und eingeschränkte Lebensperspektiven wirken offenbar als Treiber.

Zugleich ist anzunehmen, dass rechtsmotivierte Taten – etwa Propaganda, Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder Körperverletzungen – vor allem von jüngeren bis mittelaltigen Personen begangen werden. Ältere Menschen dürften sicher tendenziell nicht dazu neigen, ihre rechtsmotivierte politische Einstellung in Taten umzusetzen. Die untersuchten Kreise weisen durchweg einen überdurchschnittlich hohen Altersdurchschnitt auf. In Kombination mit einem geringen Vertrauen in Institutionen, einer erhöhten Anfälligkeit für Verschwörungserzählungen sowie einer stärkeren Tendenz zur Abwertung von Geflüchteten entsteht möglicherweise so ein gesellschaftliches Umfeld, in dem rechtsorientierte Einstellungen bei jüngeren und mittelaltigen Menschen besonderen Resonanzboden finden können und sich dann in rechtsmotivierter politischer Kriminalität niederschlagen kann.

Die linksmotivierte politische Kriminalität findet ihren Treiber bei der Betrachtung von Kreisdaten insbesondere in urbanen Umfeldern. Halle und Magdeburg ragen dabei heraus. Halle weist 33 und Magdeburg 46 linksmotivierte politische Kriminalitätstaten je 100.000 Einwohner:innen

im Jahr 2024 auf. Die übrigen Kreise sind gering von linksmotivierter politischer Kriminalität betroffen.

Urbane Räume sind nicht nur Kontexte mit Perspektiven, sondern auch solche wo unterschiedliche Menschen aufeinandertreffen und soziale Ungleichheit erfahrbar ist. Dadurch kann linke politisch motivierte Kriminalität ein entsprechendes Umfeld haben, um sich zu entfalten.

3.4 Schlussfolgerungen aus der Sekundärdatenanalyse

Die Ergebnisse der Sekundärdatenanalyse machen auf zentrale Problemlagen in den Raumordnungsregionen (ROR) und Kreisen Sachsen-Anhalts aufmerksam. Eine überdurchschnittliche Neigung zu Verschwörungserzählungen, eine geringe Wahlbeteiligung sowie ein niedriges Vertrauen in Institutionen stellen erhebliche Herausforderungen für die demokratische Kultur dar.

Die Analyse zur politisch motivierten Kriminalität auf Kreisebene verdeutlicht, dass diese in Sachsen-Anhalt im Vergleich überdurchschnittlich stark ausgeprägt ist – insbesondere die rechtsmotivierte politische Kriminalität tritt besonders häufig auf. Zugleich zeigt die Auswertung auf ROR-Ebene, dass Sachsen-Anhalt vor deutlichen demographischen Herausforderungen steht. Dazu gehören ein fortschreitender Alterungsprozess der Gesellschaft sowie überwiegend ländlich bis kleinstädtisch geprägte Strukturen.

Auch die Ressourcenausstattung ist im Vergleich zu anderen Bundesländern unterdurchschnittlich entwickelt. Dies betreffen insbesondere das Einkommensniveau, die infrastrukturelle Ausstattung sowie die bildungsbezogene Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung.

Aus dieser Problembeschreibung ergibt sich eine zentrale weiterführende Frage, die auf die Entwicklung von Handlungsstrategien abzielt:

- Wie lässt sich der Zusammenhang zwischen Sorgen, Verschwörungsneigungen, mangelndem Vertrauen in Institutionen, geringer Wahlbeteiligung und einer überdurchschnittlich ausgeprägten politisch motivierten Kriminalität unter Bedingungen begrenzter Ressourcen (ökonomisch, strukturell, bildungsbezogen) und hoher Vulnerabilität (bedingt durch einen hohen Altersdurchschnitt) aufbrechen?

Die Beantwortung dieser Kernfrage bleibt an dieser Stelle offen, da sie den Rahmen einer Situationsanalyse übersteigt. Ziel der Situationsanalyse ist es vielmehr, Problemlagen und deren räumliche Verteilung zu identifizieren und zu beschreiben. Im Rahmen einer vertieften Ressourcenanalyse wird sich hingegen die Möglichkeit bieten, konkrete Handlungsstrategien zu entwickeln.

4 Workshop „Situationsanalyse – Problemlagen erkennen, verstehen und priorisieren“

Als qualitative Erhebungsmethode wurden ergänzend zur quantitativen Sekundärdatenanalyse Workshops mit verschiedenen lokalen Akteur:innen durchgeführt. Diese fanden im Zeitraum von September bis November 2025 innerhalb der jeweiligen Region der PfD statt. In der Regel wurde pro PfD ein eigener Workshop realisiert. Eine Ausnahme bildeten die vier im Salzlandkreis ansässigen PfD (PfD Gemeinde Calbe (Saale), Barby und Bördeland; PfD Salzlandkreis für die Sozialräume Bernburg (Saale) und Staßfurt; PfD Stadt Aschersleben; PfD Stadt Schönebeck), die aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit eine gemeinsame Durchführung präferierten. Insgesamt wurden somit sieben Workshops für zehn PfD umgesetzt, die einem partizipativen Ansatz folgten. Ziel der Workshops war es, kommunale Problemlagen in den jeweiligen Regionen zu identifizieren, zu diskutieren und gemeinsam zu bearbeiten.

Ein Workshop dauerte zwischen 195 und 270 Minuten (einschließlich Pausenzeiten). Der Austausch wurde mittels Audiogerät aufgezeichnet und anschließend transkribiert oder teiltranskribiert. Das entstandene Textmaterial wurde anonymisiert. Zudem wurden die im Workshop produzierten Ergebnisse auf den Pinnwänden und Flipcharts fotografisch erfasst. Die Forschungsgruppe fotografierte keine Personen. Eine entsprechende Einverständniserklärung zur Datenerhebung und Informationen zum Datenschutz erhielten die Teilnehmenden zur Unterzeichnung. Die Teilnahme war freiwillig.

4.1 Workshopteilnehmer:innen

Die Workshops wurden gemeinsam mit verschiedenen lokalen Akteur:innen aus der PfD, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Bildung, Jugendhilfe, Politik und den Sicherheitsbehörden durchgeführt. Der Zugang zu den Teilnehmenden wurde über die PfD hergestellt, da diese über fundierte Kenntnisse der lokal relevanten Akteur:innen verfügen und auf etablierte Netzwerke zurückgreifen konnten. An den Workshops nahmen zwischen sieben und 18 Akteur:innen teil. Die Auswahl und Einladung der Teilnehmenden erfolgte über die Koordinierungs- und Fachstellen der PfD. Mit der Einladung zum Workshop erhielten die Teilnehmenden ein Beiblatt, welches von der Forschungsgruppe angefertigt wurde. Dieses enthielt Informationen zum Projekthintergrund und zum Vorgehen bei der Situationsanalyse sowie Angaben über den Ablauf und Inhalte des Workshops. Des Weiteren wurden die Teilnehmenden anhand des Beiblatts bereits über die Ton- und Fotoaufnahmen während des Workshops informiert.

4.2 Ablauf und Inhalte der Workshops

Zu Beginn der Workshops erfolgte ein kurzer Einstieg, wobei den Teilnehmenden der zeitliche Ablauf und Anlass der Veranstaltung erläutert wurde. Des Weiteren wurden die Anwesenden erneut über die Datenerhebung während des Workshops informiert. Nachdem alle Teilnehmenden ihr schriftliches Einverständnis zur Tonaufnahme während des Workshops erteilt hatten, wurde die Audioaufzeichnung gestartet. Anschließend fand eine Vorstellungsrunde statt. Die Teilnehmenden berichteten über ihre berufliche Tätigkeit, ihre Beweggründe für die Workshopteilnahme sowie ihre bisherigen Erfahrungen mit der Thematik.

Im zweiten Teil des Workshops erhielten die Teilnehmenden einen Einblick in ausgewählte Ergebnisse der zuvor durchgeführten Sekundärdatenanalyse. An die Präsentation schloss sich eine Diskussionsrunde an, in der Fragen gestellt und Ergänzungen durch die Teilnehmenden eingebracht werden konnten.

Der dritte Abschnitt des Workshops widmete sich der gemeinsamen Erarbeitung der Situationsanalyse. Zur Identifikation kommunaler Problemlagen wurde zunächst eine Kartenabfrage durchgeführt. Die Karten wurden an einer Pinnwand gesammelt, thematisch geordnet und zu Clustern zusammengefasst. Diese Cluster bildeten die thematischen Schwerpunkte, die im weiteren Verlauf detaillierter untersucht werden sollten. Mithilfe einer Mehrfachauswahl durch Bepunktung wurden anschließend jene Themen identifiziert, die aus Sicht der lokalen Akteur:innen für die Region gravierend sind und somit Priorität haben.

Die priorisierten Themen wurden in Kleingruppenarbeit anhand eines Problemanalyseschemas bearbeitet. Dabei identifizierten die Gruppen Ursachen sowie beteiligte und konfliktverschärfende Akteur:innen bzw. Netzwerke. Darüber hinaus wurden die Sozialräume benannt, in denen die Problemlagen auftreten, sowie begünstigende Kontext- und Rahmenbedingungen herausgearbeitet. Außerdem leiteten die Teilnehmenden Szenarien für die zukünftige Entwicklung ab.

Im Anschluss präsentierten die Kleingruppen ihre Ergebnisse im Plenum. Die Beiträge wurden gemeinsam diskutiert. Dabei hatten die übrigen Teilnehmenden Gelegenheit, ihre Ergänzungen einzubringen. Danach stellte die Moderation das weitere Vorgehen innerhalb der Situationsanalyse vor. Den Abschluss des Workshops bildete eine Feedbackrunde, bevor die Teilnehmenden verabschiedet wurden.

4.3 Vergleichende Analyse

Auf Grundlage, der von den lokalen Akteur:innen gebildeten Kategorien der einzelnen Workshops zeigen sich Übereinstimmungen und Überschneidungen, aus denen gemeinsame thematische Schwerpunkte abgeleitet werden können. Diese lassen sich zu übergeordneten Problemfeldern zusammenfassen, die im Folgenden betrachtet werden: Situation des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, Herausforderungen demokratischen Handelns und der Zivilgesellschaft, Hass im Netz und Erosion der Diskurskultur, Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen sowie Antisemitismus und Verschwörungsideologien.

4.3.1 Situation des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Zusammenfassend zeigt sich, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ein wesentliches Handlungsfeld in allen untersuchten Regionen darstellen. Einerseits wurde von lokalen Akteur:innen wiederholt auf **rechtsextreme Angriffe und gezielte Raumergreifungsstrategien** hingewiesen. Dazu zählen unter anderem die massive Verbreitung rechtsextremistischer Aufkleber und Schmierereien, die vielerorts sichtbar die öffentliche Wahrnehmung prägen. Auch das Tragen szenetypischer Kleidung sowie das laute Abspielen entsprechender Musik wurden geschildert. Das öffentliche Auftreten von Rechtsextremist:innen und demonstrieren ihrer Gesinnung werde dabei von großen Teilen der Bevölkerung ignoriert, bagatellisiert oder normalisiert. Kaum Widerstand wird geleistet, wenn sich offen rechtsextreme Personen oder Gruppierungen in bestimmten Regionen niederlassen. Zudem wird von dem Erwerb und der Nutzung von Immobilien in den Regionen durch rechtsextreme Akteur:innen berichtet. Diese stellen eine infrastrukturelle Grundlage für deren politische Agenda dar. Über solche Standorte können Ideologien verbreitet, Netzwerke aufgebaut und Veranstaltungen organisiert werden. Dies geschieht teilweise über Musikveranstaltungen, Projekte und Camps, die genutzt werden, um Gleichgesinnte anzuwerben oder mögliche Ansiedlungsinteressen zu fördern. Ergänzend schilderten Teilnehmende auch die Einnahme öffentlicher Plätze sowie das Auftreten bei lokalen Veranstaltungen, um Präsenz zu zeigen und sich zu vernetzen. Darüber hinaus wurden rassistische und queerfeindliche Anfeindungen und Übergriffe beschrieben, auch prodemokratische Akteur:innen, Orte demokratischer Kultur sowie linksalternative Treffpunkte werden zum Ziel von Bedrohungen und Angriffen. In einigen Fällen sei extrem rechten Akteur:innen sogar der Wohnort politisch Engagierter bekannt.

Basierend auf den Schilderungen der lokalen Akteur:innen hat sich in vielen Regionen eine **rechtsextreme Jugendkultur** etabliert. Auffällig sei dies durch eine zunehmende Sichtbarkeit rechtsextremistischer Symbolik, szenetypischer Kleidung sowie durch menschenfeindliche Äußerungen und eine hohe Zustimmung zu rechten Positionen. Insbesondere im schulischen

Kontext oder in Jugendeinrichtungen würden solche Tendenzen immer häufiger beobachtet. Hierbei wurde häufig die Unsicherheit und Überforderung von Lehrkräften und anderen pädagogischen Mitarbeitenden im Umgang mit rechtsextremen Positionen beschrieben. Rechte Organisationen würden dabei gezielt an den Lebensrealitäten der Jugendlichen ansetzen. Sie würden bestehende Angebotslücken nutzen und eigene Aktivitäten oder Freizeitformate für Jugendliche anbieten, um niedrigschwellig potenzielle Anhänger:innen zu rekrutieren und ihre Weltanschauung zu verbreiten. Ergänzend wurde auf die wachsenden Risiken einer Online-Radikalisierung hingewiesen, da Jugendliche über soziale Medien besonders leicht erreichbar seien. Vor diesem Hintergrund betonten die Teilnehmenden die Notwendigkeit, Angebote der schulischen und außerschulischen politischen Jugendbildung zu fördern.

Rechte Parteien wurde von der Mehrheit der Teilnehmenden als eine der aktuell größten Herausforderungen im Bereich der **rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Strukturen** beschrieben. Viele der Engagierten äußerten sich besorgt hinsichtlich der vergangenen kommunalen Wahlgewinne rechter Parteien sowie der anstehenden Landtagswahlen 2026. Der wachsende Einfluss rechter Parteien auf parlamentarischer Ebene habe zu einer spürbaren Veränderung des politischen Diskurses geführt, auch treten immer häufiger gezielte Provokationen auf. Die Zugewinne rechter Parteien hätten nicht zuletzt auch dazu geführt, dass sich immer mehr Menschen zu rechtsextremen Positionen bekennen, wodurch sich diese normalisieren. Des Weiteren berichten die lokalen Akteur:innen von personellen Überschneidungen und Netzwerken zwischen rechten Parteien und verschiedenen rechtsextremen Strukturen. Häufig genannt wurden dabei die Aktivitäten rechter Kleinparteien, insbesondere deren Versuche der Jugendrekrutierung. Auch die Szene der staatsablehnenden Gruppierungen (z. B. Reichsbürger:innen) spiele vereinzelt eine Rolle, bspw. durch Störungen im behördlichen Ablauf. Darüber hinaus wurden weitere extrem rechte Strukturen benannt, die in einzelnen Regionen aktiv sind. Dazu zählen die rechte Kleinparteien sowie verschiedene Jugendorganisationen sowie einzelne extrem rechte Akteur:innen, die regional in Erscheinung treten.

Als **populistische Protestbewegungen** werden hier besonders die Montagsdemonstrationen verstanden, die seit Beginn der Corona-Pandemie in vielen Regionen Sachsen-Anhalts regelmäßig stattfanden. In einigen Regionen finden sie noch heute wöchentlich statt, während andernorts ein deutlicher Rückgang der Teilnehmendenzahlen zu beobachten ist. Das Protestmilieu verknüpfte die Ablehnung der Eindämmungsmaßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie mit der Delegitimierung und Verächtlichung von Repräsentant:innen, Institutionen und grundlegenden Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Dabei werden auch Verschwörungsmythen verbreitet, gekennzeichnet durch ausgeprägte Elitenfeindlichkeit. Zugleich zeigten sich erfolgreiche Anschlussbemühungen aus dem rechtsextremen Milieu an diese nicht-extremistischen Protestbewegungen. Die lokalen Akteur:innen beschreiben eine

heterogene, teils auch regional unterschiedliche Zusammensetzung des Protestmilieus: Neben den Delegitimierer:innen, treten auch Verschwörungsideolog:innen, Reichsbürger:innen sowie extrem rechte Personen(-zusammenschlüsse) auf. In einigen Regionen bildeten zudem Akteur:innen aus dem Umfeld der rechten Parteien einen wichtigen organisatorischen Bezugspunkt.

4.3.2 Herausforderungen demokratischen Handelns und der Zivilgesellschaft

Insgesamt zeigt sich, dass die lokalen Akteur:innen in allen untersuchten Regionen über erhebliche Herausforderungen für demokratisches Handeln und die Zivilgesellschaft berichten. Wiederholt wurde geschildert, dass prodemokratische Veranstaltungen und Engagementstrukturen zum Ziel von Sabotageakten, Störungen, Einschüchterungsversuchen und Angriffen werden. Besonders schwierig gestaltet sich die Situation für prodemokratische Akteur:innen und kommunale Mandatsträger:innen, die auch aufgrund mangelnder Unterstützung vermehrt bedroht oder angegriffen werden. Es bedarf daher der Entwicklung von Schutzkonzepten, auch für den digitalen Raum. Darüber hinaus geraten PfD und andere demokratiefördernde Organisationen zunehmend unter Druck, da ihre Existenz und Finanzierungsgrundlagen infrage gestellt werden. Personelle und finanzielle Engpässe erschweren zusätzlich die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung demokratieorientierter Maßnahmen.

Erschwert wird die Lage zudem durch Probleme in der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Teilweise bestehen deutliche Partizipationsdefizite, etwa wenn Engagierte in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse nur unzureichend einbezogen werden. Gleichzeitig berichten die Workshopteilnehmenden von Spannungen zwischen Verwaltungen und vielfaltsfördernden Organisationen sowie von insgesamt ausbaufähigen Vernetzungsstrukturen unter den beteiligten Akteur:innen selbst. Eine engere Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Sicherheitsbehörden wird daher als zentral angesehen, um wichtige Zielgruppen vor Ort zu erreichen und demokratische Strukturen nachhaltig zu stärken.

Diese Entwicklungen führen zunehmend dazu, dass sich prodemokratische Akteur:innen zurückziehen, häufig aus Unsicherheit, aufgrund fehlender Rückendeckung oder aus Angst vor Anfeindungen und Bedrohungen, insbesondere dann, wenn sie öffentlich Position beziehen oder Gegenrede leisten. Zugleich wird berichtet, dass große Teile der Bevölkerung oftmals schweigen oder wegsehen, während auch kommunalpolitische Akteur:innen teilweise mit Ignoranz oder fehlenden kritischen Gegenstimmen reagieren. Insgesamt verdeutlichen die Schilderungen, dass demokratisches Engagement in den Regionen unter erheblichem Druck steht

und Schutz-, Unterstützungs- sowie Vernetzungsstrukturen dringend aufgebaut und weiter gestärkt werden müssen.

4.3.3 Hass im Netz und Erosion der Diskurskultur

Für viele der lokalen Akteur:innen ist eine **Erosion der Diskurskultur** feststellbar. Sie schildern, dass sich der öffentliche Diskurs zunehmend nach rechts verschiebt und sich die Grenzen des Sagbaren stetig erweitern. Maßgeblich dazu beigetragen hätten nach ihrer Einschätzung die Wahlgewinne rechter Parteien, sowohl auf kommunaler Ebene als auch auf Landes- und Bundesebene. Argumentationsmuster, Themensetzungen und rhetorische Strategien rechtspopulistischer und rechtsextremer Akteur:innen würden normalisiert und teilweise auch von konservativen Parteien des Mainstreams aufgegriffen. Hierzu wurden Fälle geschildert, in denen Mitglieder rechter Parteien politische Gegner:innen in kommunalen Gremien gezielt provozierten, was weitgehend folgenlos blieb oder erst durch das aktive Einschreiten prodemokratischer Akteur:innen geahndet wurde. Zudem würden bestimmte Debatten bewusst als „Kulturkampf“ inszeniert, wie etwa die Diskussionen um geschlechtergerechte Sprache, wodurch unnötig Ressourcen gebunden und andere Themen verdrängt würden. Die Art der Kommunikation auf politischer Ebene diffundiere wiederum in das gesellschaftliche Leben. Dies mache sich in der alltäglichen Arbeit der lokalen Akteur:innen bemerkbar, etwa durch die Normalisierung rechter Positionen, einen raueren Umgangston, unreflektierte Sprache sowie eine verstärkte Polarisierung, die kaum noch Austausch oder konstruktive Diskussionen zwischen unterschiedlichen Positionen zulässt.

In den Workshops wurde wiederholt beschrieben, dass eine zunehmende Verrohung des Diskurses und **Hate Speech** besonders **im digitalen Raum** sichtbar sind. Die Akteur:innen schilderten, wie leicht sich in sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder TikTok Verschwörungserzählungen, Falschinformationen, antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen sowie extremistisches Gedankengut verbreiten und dabei auf niedrigschwellige Weise große Personenkreise erreichen. Dies geschieht u. a. in Kommentarspalten staatlicher Institutionen, unter Beiträgen von Demokratieengagierten, in lokalen Online-Gruppen oder über verschiedene Messengerdienste. Bestimmte Seiten, Gruppen und Chatgemeinschaften fungieren dabei als Echokammern, in denen Radikalisierung verstärkt werden kann oder ihren Ursprung findet. Insbesondere die extreme Rechte würde sich dies zu Nutze machen. Besonders häufig wurde auf die Gefährdung junger Menschen in digitalen Räumen hingewiesen, da deren Medienkompetenz oftmals nicht ausreiche, um Informationen kritisch zu bewerten oder ihre Echtheit zu überprüfen.

Bei den Workshops wurde von zahlreichen Fällen berichtet, in denen in Gruppen und Chats sowie unter öffentlichen Beiträgen Hassnachrichten, Gewaltfantasien und Morddrohungen

verbreitet werden. Betroffen vom Online-Hass sind vor allem gesellschaftlich marginalisierte Personengruppen, prodemokratische Akteur:innen sowie kommunale Mandatsträger:innen. Viele dieser Gruppen und Plattformen würden dabei unzureichend oder gar nicht moderiert werden. Menschenfeindliche Inhalte blieben häufig unwidersprochen. Wenn sich Nutzende dennoch gegen entsprechende Inhalte positionieren und für demokratische Werte einstehen, werden sie teilweise selbst zum Ziel von Anfeindungen. Dies führt zu einem Rückzug engagierter Personen oder zur vorsorglichen Entfernung von Beiträgen, da der Online-Hass nicht mehr eindämmbar ist. Besonders stark betrifft dies polarisierende Themenfelder wie Migration, Klimaschutzmaßnahmen oder Inhalte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Insgesamt beschrieben die Teilnehmenden eine zunehmende Normalisierung und Bagatellisierung hassgefüllter Kommunikation, die in der Wahrnehmung vieler nicht ausreichend strafrechtlich verfolgt wird.

Vereinzelt wurde auch Kritik an traditionellen lokalen Medien geäußert, deren Berichterstattung teilweise durch mangelnde journalistische Neutralität oder durch die Verwendung diskriminierender Sprache auffällt. Die Problematik wird durch die regionale Monopolstellung dieser Medien verstärkt. Die Möglichkeit anonymer Kommunikation erschwere die Aufklärung solcher Fälle zusätzlich.

4.3.4 Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen

Immer wieder wurde in den Workshops über Diskriminierungserfahrungen für und Angriffe auf Angehörige gesellschaftlich marginalisierter Gruppen berichtet. Geschildert wurden insbesondere Fälle in denen **Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete sowie ausländische Personen und Menschen, die als ausländisch gelesen werden**, durch nicht-extremistische und rechtsextreme Einzelpersonen oder Gruppen abgewertet, angefeindet, bedroht oder gewaltsam angegriffen wurden. Die Fälle ereignen sich in nahezu allen Bereichen des alltäglichen Lebens, etwa bei kulturellen Veranstaltungen, in Jugendeinrichtungen und Schulen, in Sportvereinen, bei Workshops, im öffentlichen Nahverkehr, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie in verschiedenen Online-Netzwerken. Die Schilderungen betrafen unterschiedliche Ausprägungen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, darunter Antischwarzer Rassismus, Muslimfeindlicher Rassismus und Antiasiatischer Rassismus.

Besonders betroffen sind strukturschwache Gebiete, die in allen analysierten Regionen zu finden sind. In Räumen, in denen die Folgen des demografischen Wandels besonders spürbar sind, in denen die Sichtbarkeit von Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden gering ist, in denen wenig Kontakterfahrungen zu Menschen mit internationaler Geschichte bestehen und in denen die Daseinsvorsorge ausgedünnt ist, treffen abwertende Einstellungen, Ungleichwertigkeitsideologien und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf fruchtbaren Boden. Hinzu

kommt, dass in diesen Kontexten Zukunftsaussichten häufig als schlecht wahrgenommen werden, das Vertrauen in Institutionen gering ist und ein verbreitetes Gefühl des „Abgehängtseins“ große Teile der Bevölkerung prägt.

Darüber hinaus wurde von rassistischen Vorurteilen, Feindseligkeit und Diskriminierung in institutionellen Kontexten berichtet. Beschrieben wurden Situationen, in denen Betroffene Abwertung, ungerechte Behandlung oder Bedrohungen durch Lehrkräfte oder Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung erlebten. Besonders erschwerend wirkt nach Einschätzung der lokalen Akteur:innen der Mangel an niedrigschwelligen Anlaufstellen und unabhängigen Kontrollinstanzen, an die sich Betroffene wenden können. Teilweise unterlassen Menschen eine Meldung ihrer Erfahrungen, weil sie negative Konsequenzen befürchten oder sich aufgrund ihrer Lebenssituation in einer starken Abhängigkeit von den Entscheidungen der jeweiligen Institutionen sehen.

Ebenso wurde auf eine mangelnde konsequente Bearbeitung und Ahndung diskriminierender oder extremistischer Fälle verwiesen, die sich gegen Angehörige gesellschaftlich marginalisierter Gruppen richten. Nach Einschätzung der lokalen Akteur:innen bleiben entsprechende Fälle teilweise folgenlos oder das Repertoire an Möglichkeiten zum Schutz vor extremistischen Angriffen werden seitens der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden nicht vollständig ausgeschöpft.

Des Weiteren bilden nach den Schilderungen der Workshopteilnehmenden **queere Personen** eine verwundbare gesellschaftliche Gruppe, die Diskriminierung und Feindseligkeit ausgesetzt ist. Berichtet wurde von Anfeindungen, Übergriffen und Gewalttaten gegen queere Menschen sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum. Zudem wurde geschildert, dass LSBTIQ*-Personen auch in sozialen Medien häufig Hass und Hetze ausgesetzt sind. Besonders wurde in den Workshops von den Störungen und Angriffen auf unterschiedliche CSDs berichtet, die vornehmlich einem rechtsextremen Täter:innenkreis zugeordnet wurden. Die Fälle reichen von Störungs- und Verhinderungsversuchen, die teilweise bereits vor der eigentlichen Veranstaltung beginnen bis hin zu rechtsextremen Gegendemonstrationen sowie Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Körperverletzungen und Online-Hetze, die noch im Nachgang der CSDs betrieben wird. Die Bedrohungslage führte u. a. dazu, dass Planungstreffen unter Polizeischutz stattfinden mussten, potenzielle Besucher:innen die Veranstaltungen aus Angst mieden oder durch die Veranstaltenden zu Selbstschutzmaßnahmen aufgerufen wurden, bspw. durch den Hinweis sich unauffällig zu kleiden. Weiterhin zeigen sich Teile der lokalen Akteur:innen im Hinblick auf die Organisation und Sicherheit zukünftiger CSDs besorgt.

4.3.5 Antisemitismus und Verschwörungsideologien

Basierend auf den Erzählungen der lokalen Akteur:innen stellt Antisemitismus kein ideologisches Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus dar, vielmehr sind vielfältige Bevölkerungsgruppen von antisemitischen Deutungs- und Handlungsmustern durchzogen. Beschrieben wurden Fälle eines **klassischen Antisemitismus**. Hierbei reicht das Spektrum von antisemitischen Äußerungen und Beleidigungen bis hin zu der demonstrativen Zerstörung eines Buchs, das stellvertretend für die Geschichte von ca. sechs Millionen Jüd:innen steht, die im Nationalsozialismus ermordet wurden über die Verharmlosung und Relativierung der Shoa, durch unpassende Vergleiche, indem pandemiebedingte Einschränkungen der individuellen Bewegungsfreiheit mit der Verfolgung von Jüd:innen während des Nationalsozialismus gleichgesetzt wurden. Als auch das bewusste Verschweigen der systematischen Ermordung von Menschen jüdischen Glaubens durch die Nationalsozialist:innen durch Lokalpolitiker:innen und letztlich der Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und Verhöhnung der jüdischen Opfer des Holocausts in einer KZ-Gedenkstätte.

Antisemitische Ideologien bilden darüber hinaus ein verbindendes Element zwischen extremistischen Szenen. Antisemitismus kennzeichnet einerseits ein konstitutives Merkmal rechtsextremer Weltbilder, andererseits existieren auch in der radikalen Linken antisemitische Strömungen. Beschrieben wurde dabei **israelbezogener Antisemitismus** im Kontext des Nahostkonflikts, vor allem in Bezug auf die Entwicklungen seit dem 07. Oktober 2023. Dabei wurde dargestellt, wie politisches Handeln Israels als Ausdruck eines vermeintlich typisch jüdischen Wesens interpretiert wurde.

Das Problemfeld Antisemitismus ist anhand der Berichte nicht trennbar von **verschwörungsideologischen Deutungsmustern** zu betrachten. In mehreren Regionen wurde von der Verbreitung von Verschwörungserzählungen, teils mit antisemitischem Gedankengut, berichtet, die sich vor allem in der Vorstellung manifestieren, eine im Verborgenen handelnde Elite kontrolliere politische oder wirtschaftliche Prozesse. Verschwörungsideolog:innen wurden ebenfalls als Bestandteil der sog. Montagsspaziergänger:innen beschrieben. Zunächst waren diese Proteste geprägt von Inhalten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Es zeigte sich auch Anschlussfähigkeit von Rechtsextremist:innen an diese Protestbewegungen. Darüber hinaus wenden sich verschwörungsideologische Gruppen in bestimmten Regionen auch neuen Themen zu, die bspw. die Energiepolitik betreffen. Bürgerliche Protestaktionen gegen einen geplanten Windpark werden partiell von rechtsextremen Personen oder Personenzusammenschlüssen instrumentalisiert, wodurch diese Akteur:innen Anknüpfungspunkte zur lokalen Bevölkerung herstellen und Verschwörungserzählungen, die teilweise antisemitisch motiviert sind, verbreiten, um Ängste und Unsicherheiten zu schüren.

5 Grenzen der vorliegenden Untersuchung

Die vorliegende Situationsanalyse unterliegt mehreren methodischen und inhaltlichen Grenzen, die bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen sind. Diese ergeben sich sowohl aus der Verwendung quantitativer Sekundärdaten als auch aus den eingesetzten qualitativen Erhebungsformaten.

Im Bereich der quantitativen Daten ist zunächst festzuhalten, dass die herangezogenen Indikatoren zentrale gesellschaftliche Konstrukte, wie etwa demokratische Kultur, nur in stark vereinfachter Form abbilden können. Komplexe soziale Phänomene werden hierbei auf einzelne messbare Größen reduziert, wodurch differenzierte Ausprägungen, ambivalente Haltungen oder kontextabhängige Bedeutungen nur begrenzt erfasst werden. Die Indikatoren erlauben somit eher eine Annäherung an die jeweiligen Themenfelder, um diese vergleichen zu können, als eine umfassende Abbildung ihrer Vielschichtigkeit.

Darüber hinaus ermöglichen die quantitativen Daten ausschließlich Aussagen über statistische Zusammenhänge, nicht jedoch über Ursache-Wirkungs-Beziehungen. Die Analyse kann daher keine belastbaren Schlussfolgerungen darüber ziehen, welche Faktoren bestimmte Entwicklungen oder Problemlagen bedingen oder verstärken. Die Ergebnisse sind folglich deskriptiv zu verstehen und dienen primär der Einordnung struktureller Rahmenbedingungen.

Auch die qualitativen Daten weisen spezifische Limitationen auf. Die im Rahmen der Workshops erhobenen Inhalte basieren auf berichteten Erlebnissen, Wahrnehmungen und Einschätzungen der teilnehmenden Akteur:innen. Diese subjektiven Perspektiven sind für das Verständnis lokaler Problemlagen wertvoll, unterliegen jedoch individuellen Deutungen, Erfahrungsräumen und professionellen Rollen. Sie können nicht als allumfassende Abbildung der sozialen Realität verstanden werden.

Zudem handelt es sich bei den Befragten um eine selektive Gruppe von Akteur:innen, die in der Regel bereits institutionell, zivilgesellschaftlich oder beruflich in den jeweiligen Sozialräumen eingebunden sind. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere gesellschaftlich marginalisierte Personen oder solche ohne institutionelle Anbindung, sind dadurch möglicherweise unterrepräsentiert. Die Ergebnisse spiegeln daher vor allem die Perspektiven der beteiligten Akteur:innen wider und nicht zwangsläufig die Gesamtheit aller relevanten Sichtweisen im Sozialraum.

Eine weitere Grenze der Untersuchung liegt in ihrer zeitlichen Begrenzung. Die Analyse stellt eine Momentaufnahme dar und kann dynamische Entwicklungen, kurzfristige Veränderungen oder langfristige Trends nur eingeschränkt berücksichtigen. Gesellschaftliche Einstellungen,

politische Diskurse und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterliegen jedoch kontinuierlichem Wandel, sodass die Ergebnisse nicht als dauerhaft gültig zu verstehen sind.

Schließlich ist die Vergleichbarkeit der untersuchten Sozialräume nur eingeschränkt gegeben. Unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen, Ressourcenlagen und lokale Kontexte erschweren eine direkte Gegenüberstellung der Ergebnisse. Die Analyse dient daher primär der Identifikation gemeinsamer thematischer Schwerpunkte und Handlungsfelder und nicht einer hierarchisierenden Bewertung einzelner Regionen.

Insgesamt liefern die Ergebnisse der Situationsanalyse eine fundierte, jedoch kontextgebundene Grundlage für die Abbildung der Ist-Situation der jeweiligen Region. Ihre Aussagekraft ist im Sinne einer orientierenden Analyse zu verstehen und nicht als abschließende oder generalisierbare Bewertung gesellschaftlicher Zustände.

6 Schlussfolgerungen der Analyse

Durch die Situationsanalyse wurde deutlich, dass die Partnerschaften mit ihren zuständigen Gebieten mit einer Vielzahl diverser demokratiefeindlicher, vielfaltsablehnender und extremistischen Problemlagen konfrontiert sind. Viele dieser Problemlagen betreffen nicht nur einzelne PfD, sondern stellen auf verschiedenen Ebenen Relevanz dar.

6.1 Handlungsempfehlungen auf Bundesebene

Auf Bundesebene richten sich die Empfehlungen vor allem auf strukturelle Voraussetzungen, eine langfristige und bedarfsgerechte Förderung sowie auf die konsequente Stärkung demokratischer Bildungs- und Beteiligungsprozesse. Ein zentraler Punkt ist die Ausweitung und Verstärkung finanzieller Mittel für politische Bildung, Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement, insbesondere im ländlichen Raum. Programme wie „Demokratie leben!“ sollten dabei stärker auf strukturschwache Regionen zugeschnitten und mit einer verlässlichen, mehrjährigen Finanzierung unterlegt werden, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

Neben projektbezogenen Förderungen sind langfristige Präventionsstrategien erforderlich, die frühzeitig ansetzen und strukturelle Ursachen demokratiefeindlicher Einstellungen adressieren. Dazu gehört insbesondere der Ausbau dauerhaft finanzierter Angebote der politischen Bildung, der Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie zivilgesellschaftlicher Begegnungsräume im ländlichen Raum. Durch verlässliche personelle und institutionelle Ressourcen können soziale Teilhabe, demokratische Kompetenzen und Vertrauen in staatliche Strukturen nachhaltig gefördert und damit demokratiefeindlichen Haltungen präventiv entgegengewirkt werden. Eine stärkere Verzahnung von Demokratieförderung mit Sozial-, Bildungs- und Strukturpolitik ist hierfür erforderlich.

Darüber hinaus sollte sich die künftige Finanzierung stärker am tatsächlichen Bedarf orientieren. Politisch motivierte Kriminalität kann hierbei als ein zentraler Indikator dienen, um Fördermittel gezielt in jene Regionen zu lenken, in denen demokratiefeindliche Einstellungen und Aktivitäten messbar zunehmen. Eine verbesserte Datenlage stellt hierfür eine wesentliche Voraussetzung dar: Es bedarf einer systematischen, transparenten und bis auf Kreisebene ausgewiesenen Erfassung demokratiefeindlicher Vorfälle, die öffentlich zugänglich ist. Auf dieser Grundlage können passgenaue Maßnahmen geplant, regionale Unterschiede berücksichtigt und der Erfolg von Präventionsmaßnahmen überprüft werden.

Neben der Projektförderung sind zusätzliche Personalmittel erforderlich, um auf kommunaler wie auch auf Landesebene tragfähige Handlungsstrategien zu entwickeln, umzusetzen und über längere Zeiträume zu verstetigen.

Im digitalen Raum stellt zudem die anonyme bzw. schwer nachverfolgbare Verbreitung demokratiefeindlicher oder verfassungswidriger Inhalte eine Herausforderung für den demokratischen Diskurs dar. Handlungsmöglichkeiten liegen insbesondere auf Bundes- und europäischer Ebene, etwa durch eine stärkere Regulierung digitaler Plattformen, transparente Moderations- und Beschwerdeverfahren sowie klarere Verantwortlichkeiten von Plattformbetreibern im Umgang mit problematischen Inhalten.

6.2 Handlungsempfehlungen auf Landesebene

Zugleich ließen sich viele Problemlagen auf eine insgesamt schwach ausgeprägte soziale Infrastrukturpolitik zurückführen. Eine Stärkung dieser Infrastruktur könnte gezielt regionale Ungleichheiten, besonders im ländlichen Raum, abfedern. Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Jugendarbeit und digitaler Teilhabe könnten maßgeblich dazu beitragen, das weit verbreitete Gefühl struktureller Benachteiligung zu reduzieren. Dieses Gefühl bildet laut Teilnehmenden häufig einen Nährboden für demokratiefeindliche Einstellungen, weshalb sozialpolitische Verbesserungen auch demokratiefördernde Effekte entfalten können.

Ergänzend werden auf Landesebene der gezielte Ausbau und die Verstetigung professionell begleiteter Konflikt- und Dialogformate empfohlen. Insbesondere in sozialräumlich belasteten und stark polarisierten Regionen können moderierte Dialogräume einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Streitkultur leisten, Eskalationsdynamiken vorbeugen und den konstruktiven Austausch zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen fördern. Solche Formate könnten dabei helfen, Spannungen frühzeitig aufzugreifen, Vertrauen wiederherzustellen und demokratische Aushandlungsprozesse im Alltag erfahrbar zu machen.

Darüber hinaus könnten die Länder Unterstützungs- und Schutzangebote für haupt- und ehrenamtlich Engagierte in der Demokratieförderung systematisch ausbauen. Landesweit koordinierte Angebote wie Supervision, psychosoziale Beratung oder Fortbildungen zum Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen können dazu beitragen, Überlastung vorzubeugen und die Resilienz der Engagierten zu stärken. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Polarisierung und wachsender Belastungen für zivilgesellschaftliches Engagement von zentraler Bedeutung, um demokratische Arbeit langfristig abzusichern.

6.3 Handlungsempfehlungen an Parteien

Neben Handlungsempfehlungen auf Bundes- und Landesebene kommt auch den Parteien eine wichtige Rolle bei der Stärkung demokratischer Repräsentation zu. Dabei ist es wesentlich, dass sie ihre Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft konsequent

wahrnehmen. Wenn Menschen das Gefühl haben, sie könnten nicht richtig mitwirken und ihre Meinung werde nicht berücksichtigt, schwächt dies das Vertrauen in das politische System.

Parteien sollten deshalb gezielt analysieren, welche Gruppen sich politisch nicht repräsentiert fühlen, und ihre Kommunikations- und Beteiligungsformate entsprechend anpassen – sowohl im persönlichen als auch im digitalen Bereich (z. B. über Bürgerforen, digitale Informationsangebote, lokalpolitische Initiativen, soziale Medien, Online-Bürgerdialoge). Dabei ist es wichtig, unabhängig von unmittelbaren Wahlkämpfen kontinuierlich Präsenz zu zeigen, Menschen zu erreichen, ihre politische Beteiligung zu fördern und ihre Nöte und Bedürfnisse ernst zu nehmen. Besonders unter Berücksichtigung der sozialen und strukturellen Bedingungen in Sachsen-Anhalt sollten gezielt Gruppen angesprochen werden, die bislang kaum erreicht werden. Themen mit hoher alltagspraktischer Relevanz, wie soziale Sicherheit, regionale Identität oder wirtschaftliche Perspektiven, können dabei helfen, diese Zielgruppen wirksam einzubeziehen.

6.4 Handlungsempfehlungen auf kommunaler Ebene

Auf Ebene der Kommunalpolitik und Verwaltung besteht, ausgehend aus den Problemlagen, ein wesentlicher Handlungsbedarf hinsichtlich Transparenz, Beteiligung und responsivem Verwaltungshandeln. Eine Empfehlung ist daher eine intensivere Kommunikation zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und der Bevölkerung, etwa durch regelmäßige Bürger:innendialoge, Beteiligungsformate oder niedrigschwellige Informationsangebote. Diese könnten dazu beitragen, Politikverdrossenheit abzubauen, Vertrauen wiederherzustellen und gleichzeitig die demokratische Streitkultur zu stärken.

In diesem Zusammenhang sollten Kommunen demokratische Beteiligung nicht ausschließlich auf analoge Formate beschränken, sondern digitale Sozialräume stärker als eigenständiges Handlungsfeld der Demokratieförderung begreifen. Empfohlen wird der Ausbau digitaler Beteiligungsformate, lokaler Informationsangebote sowie präventiver Online-Projekte, um insbesondere junge Menschen und schwer erreichbare Zielgruppen anzusprechen. Durch die gezielte Nutzung digitaler Kommunikationsräume können demokratische Diskurse erweitert, niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden.

Zudem sollte die kommunale Ebene verstärkt Verantwortung in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Tendenzen übernehmen. Hierzu zählt die klare Positionierung kommunalpolitischer Akteur:innen gegenüber extremistischen Haltungen, sichtbare Unterstützung demokratischer Initiativen sowie die Bereitschaft, historisch-politische Aufarbeitung, etwa regionaler Ereignisse, aktiv zu fördern. Politische und administrative Akteur:innen könnten sich

stärker in Netzwerke einbringen, Problemlagen offen ansprechen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen Lösungsansätze entwickeln.

Darüber hinaus sollte Demokratieförderung auf kommunaler Ebene stärker mit konkreten Alltags- und Lebensweltfragen der Bevölkerung verknüpft werden. Themen wie Wohnen, Mobilität, Versorgung oder Sicherheit bieten unmittelbare Anknüpfungspunkte, um demokratische Entscheidungsprozesse als relevant und wirksam erfahrbar zu machen. Lebensweltorientierte Ansätze können dazu beitragen, Frustrations- und Ohnmachtserfahrungen abzubauen, die häufig demokratiefeindliche Einstellungen begünstigen, und stattdessen Vertrauen in kommunale Gestaltungsmöglichkeiten zu stärken.

Bei einer Vielzahl der angesprochenen Problemlagen sind Jugendliche relevante Akteur:innen gewesen. Um demokratische Kultur unter jungen Menschen zu stärken, sollten sie frühzeitig in qualitätsvolle und nachhaltige Beteiligungsmöglichkeiten eingebunden werden. Neben stärkerer Öffentlichkeitsarbeit für klassische Beteiligungsstrukturen wie Jugendparlamenten oder Jugendforen könnten Kommunen neue lebensweltorientierte Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen schaffen. Diese könnten etwa in Form von projektbezogenen Jugendräten, temporären Panels zu aktuellen kommunalen Fragen oder über digitale Beteiligungsplattformen stattfinden. Entscheidend ist dabei, dass die Beteiligung nicht symbolisch bleibt, sondern konkrete Einflussmöglichkeiten bietet und verbindlich in kommunale Entscheidungsprozesse eingebunden wird.

6.5 Handlungsempfehlungen auf Ebene der PfD

Auf Ebene der PfD wird auf die Bedeutung wissenschaftlich fundierter und zugleich praxistauglicher Handlungsstrategien hingewiesen. Damit lokale Demokratieförderung wirksam bleibt, müssen strategische Ansätze systematisch entwickelt, erprobt, fortlaufend überprüft und auf Grundlage aktueller Forschung angepasst werden. Dies setzt eine engere Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Partner:innen, etwa Hochschulen, Forschungsinstituten und Universitäten, voraus. Solche Kooperationen ermöglichen es, regionale Problemlagen präziser zu analysieren, evidenzbasierte Interventionsansätze zu nutzen und die Wirksamkeit eingesetzter Maßnahmen evaluiert zu dokumentieren.

Darüber hinaus wird eine stärkere Vernetzung der PfD untereinander als entscheidend angesehen. Viele PfD stehen oft vor ähnlichen Problemlagen, etwa zunehmender Polarisierung, demokratiefeindlichen Netzwerken oder sozialen Spannungen in ländlichen Räumen. Eine systematische, überregionale und themenspezifische Kooperation könnte dazu beitragen, Wissen besser auszutauschen, erfolgreiche Praxisansätze zu verbreiten und gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Darüber hinaus sollten Pfd ihre Arbeit stärker partizipativ ausrichten und die Perspektiven von Menschen, die von Diskriminierung, Ausgrenzung oder demokratiefeindlichen Angriffen betroffen sind, systematisch einbeziehen. Die Berücksichtigung dieser Betroffenenperspektiven kann dazu beitragen, Problemlagen differenzierter zu erfassen, Maßnahmen passgenauer zu gestalten und zugleich empowernde Effekte für die Betroffenen selbst zu entfalten. Eine solche Einbindung stärkt nicht nur die Qualität der Demokratieförderung, sondern auch deren Legitimität und Wirksamkeit.

Zudem sollten Pfd weiterhin möglichst eng mit lokalen und regionalen Akteur:innen vernetzt sein, etwa Integrationsbeauftragten, Jugendringen, Sozialämtern, kommunalen Präventionsräten, Vereinen, Polizei, Sicherheitsbehörden, Ordnungsverwaltung oder Initiativen gegen Extremismus. Eine verbindlichere Kooperation könnte dazu beitragen, demokratiefeindliche Tendenzen frühzeitig zu erkennen, Ressourcen zu bündeln und Maßnahmen kohärent auszurichten. Auch sektorübergreifende Netzwerke, etwa zur Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe, Bildung, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung, können die Pfd stärken, indem sie demokratische Werte als gemeinsames Handlungsfeld verankern und Synergien schaffen.

Insgesamt zeigt sich: Nur durch eine ausreichende Finanzierung, kontinuierliche Professionalisierung und eine systematische Vernetzung auf lokaler und Landesebene können Pfd langfristig wirksam demokratische Resilienz in der Kommune bzw. im Landkreis fördern.

Literaturverzeichnis

Addeo, F.; Ammirato, L.; Delli Paoli, A.; Fruncillo, D.; Maddaloni, D. (2024): Voter turnout: Overtime and regional trends in Europe (Working paper no. 2.3 TRUEDEM: Trust in European Democracies Project). Online verfügbar unter https://www.truedemdata.eu/truedem/d2.3.voter_turnout_overtime_and_regional_trends_in_europe_29_02_2024.pdf.

Barrett, Martyn (2020): The Council of Europe's Reference Framework of Competences for Democratic Culture: Policy context, content and impact. In: *London Review of Education* 18 (1). DOI: 10.18546/LRE.18.1.01.

Bourdieu, Pierre (2012): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 229–242. Online verfügbar unter https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-18944-4_15.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (o.J.): Erläuterungen und Hinweise zur Situations- und Ressourcenanalyse.

Butzlaff, Felix; Messinger-Zimmer, Sören (2020): Undermining or defending democracy? The consequences of distrust for democratic attitudes and participation. In: *Critical Policy Studies* 14 (3), S. 249–266. DOI: 10.1080/19460171.2019.1584120.

Claassen, Christopher (2024): Immigration and Public Support for Political Systems in Europe. In: *Perspect. polit.* 22 (1), S. 153–167. DOI: 10.1017/S1537592722004194.

Frey, Oliver (2025): Raum in der Soziologie. In: Oliver Frey (Hg.): Raum und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 199–231.

Hammonds, William (2023): Culture and Democracy. How citizens' participation in cultural activities enhances civic engagement, democracy and social cohesion - Lessons from international research.

Helmert, Cornelius; Wagenschwanz, Lisa; Sondermann, Rosa (2025): Situations-und Ressourcenanalyse. Für die Partnerschaft für Demokratie im Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/projektberichte/situations.und.ressourcenanalysen/sra_kyffh%c3%a4user/situations-und_ressourcenanalyse_kyff.pdf.

Herold, Maik (2024): The impact of conspiracy belief on democratic culture: Evidence from Europe. In: *HKS Misinfo Review* 5 (6). DOI: 10.37016/mr-2020-165.

Huang, Kai-Ping (2023): Support for Democracy in the Age of Rising Inequality and Population Aging. In: *Soc Indic Res* 166 (1), S. 27–51. DOI: 10.1007/s11205-023-03061-5.

Jónsson, Ólafur Páll; Garces Rodriguez, Antonio (2021): Educating democracy: Competences for a democratic culture. In: *Education, Citizenship and Social* 16 (1), S. 62–77. DOI: 10.1177/1746197919886873.

Kiess, Johannes; Dilling, Marius (2025): Das Kreuz mit dem Öffentlichen. Wie das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025 und die Qualität des lokalen Bus- und Bahnangebots zusammenhängen.

Krause, Silvana; Camargos, João Cardoso L.; Fonseca, Rafael (2025): Population Aging and Dissatisfaction with Democracy: Evidence from a 2-Level Model in Latin America. In: *Public Opinion and Turmoil In Latin American Democracies*, S. 41–55. DOI: 10.1007/978-3-031-83105-8_2.

Pickel, Gert; Öztürk, Cemal; Schneider, Verena; Pickel, Susanne; Decker, Oliver (2022): Covid-19-Related Conspiracy Myths, Beliefs, and Democracy-Endangering Consequences. In: *PaG* 10 (4), S. 177–191. DOI: 10.17645/pag.v10i4.5798.

Sotiropoulos, D. A.; Kanellopoulos, K.; Yfanti, A. (2023): Literature Review on the Impact of the Migration and Refugees' Waves on Democratic Attitudes and Trust: Working Paper TRUEDEM: Trust in European Democracies Project.

Spiegel, Jürgen (2024): Demokratische Integration Deutschland 2.0. In: *Demokratie, Engagement und Systemvertrauen*, S. 75–222. DOI: 10.1007/978-3-658-44707-6_3.

Treidl, Johanna; Wagenschwanz, Lisa; Müller, Lars; Salheiser, Alex (2023): Situations- und Ressourcenanalyse für den lokalen Aktionsplan der Stadt Weimar.

Wunderlich, Holger (2020): Sozialraumorientierung, Quantitative Sozialraumanalysen und Soziale Arbeit. In: Ludger Kolhoff (Hg.): Aktuelle Diskurse in der Sozialwirtschaft III. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement), S. 183–210.

Kontakt

Institut für demokratische Kultur
Hochschule Magdeburg-Stendal
Breitscheidstr. 2
39114 Magdeburg

Institutsleitung

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Katrin Reimer-Gordinskaya
Prof. Dr. Rahim Hajji